DISS-Journal



Zeitschrift des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung

24 (2012)



Proteste weltweit: Was ist Wunsch und was ist Wirklichkeit?

Collage: Luka Hammacher

Die Regierung umkämpfter Räume

Stehen wir am Beginn einer neuen Bewertung weltweiter Krisen, die das grundsätzliche Problem aufwerfen, wie Menschen regiert werden wollen? Darauf weist nicht nur die weltweite Finanzkrise hin, nicht nur der sogenannte Arabische Frühling und nicht nur die Occupy-Bewegung. Umkämpfte Räume finden sich daneben in afrikanischpostkolonialen Ländern, in Südamerika, aber auch in Europa. In den Städten weltweit rumort es. Es stellt sich die Frage, um was es eigentlich geht.

Der Schwerpunkt dieser Ausgabe umkreist das Problem der Regierung der Bevölkerungen und der Kämpfe um die Art und Weise, sich gegen verschiedene Formen der Regierung zur Wehr zu setzen. Meist mit neuen, gewaltlosen Formen des Widerstandes und mit dem Ruf nach "wirklicher Demokratie". Sind diese Proteste und Rebellionen folgenlos, nur symbolisch und daher schwach und vergeblich, oder ändern sie die Gesellschaften und die Menschen, die nicht mehr so wie bisher regiert werden wollen? Die Auseinandersetzungen darüber sind voll im Gang und die Einschätzungen keineswegs einheitlich.

Außerdem in diesem Heft: Rezensionen zum rechten Terror in Deutschland und Vorstellungen neuer Publikationen aus der Edition DISS und der Edition Jüdische Autoren.

Aus dem Inhalt

Antiziganistische Zustände -Beispiel Duisburg

Die "unternehmerische Stadt" und das "Recht auf Stadt"

> Occupy Democracy Kämpfe um Demokratie

Über rechte und linke Demokratie- und Parteienkritik. Colin Crouch im Interview mit der Jungen Freiheit

Bundeswehr im Innern

Medien, Macht und Geschlecht im Kontext des "War on terror"

> Rechter Terror in Deutschland

Antikapitalismus von Rechts?

Impressum

DISS-Journal, hg. vom Duisburger Institut für Sprachund Sozialforschung (DISS) Siegstr. 15, 47051 Duisburg Tel.: 0203/20249 Fax: 0203/287881 info@diss-duisburg.de www.diss-duisburg.de Blog: www.disskursiv.de

Redaktion: Robin Heun, Margarete Jäger, Siegfried Jäger, Helmut Kellershohn, Ursula Kreft, Jobst Paul, Rolf van Raden, Hans Uske

Layout und Satz: Hans Uske, Rolf van Raden

Schutzgebühr: 5 EUR kostenfrei für Mitglieder des DISS-Förderkreises

Antiziganistische Zustände Das Beispiel Duisburg

Von Michael Lausberg



Regenbogen in Duisburg-Hochfeld.



Seit der Einwanderung von südosteuropäischen Roma nach Duisburg ist ein Klima der Ablehnung entstanden. Antiziganistische Stereotypen sind offenbar nicht nur in weiten Teilen der Bevölkerung präsent, sondern auch in der lokalen Presselandschaft. Am DISS hat sich eine Arbeitsgruppe gebildet, die das Geschehen in Duisburg-Hochfeld und Duisburg-Bergheim dokumentieren und analysieren wird.

Nach Angaben des Bundesinnenministeriums haben von Juni bis Ende September 2012 zusätzlich rund 2,500 Einwandererinnen und Einwanderer aus Serbien und Mazedonien in der Bundesrepublik Asyl beantragt, überwiegend Sinti und Roma. Innenminister Friedrich beorderte daraufhin 60 zusätzliche BeamtInnen zum Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg, um die Anträge, die seinen Angaben zufolge praktisch keine Erfolgschancen haben, schnell abzuwickeln. Obwohl die deutschen Rechtsmittelfristen dies nicht zuließen, sei das Schweizer Schnellverfahren binnen 48 Stunden ein Vorbild. Darüber hinaus sollten AsylbewerberInnen aus "sicheren Herkunftsstaaten" künftig nur "abgesenkte Barleistungen" erhalten. Zudem drohte Friedrich mit der Wiedereinführung der Visumspflicht für Menschen aus Serbien und Mazedonien.

Nur einen Tag nach der Einweihung des Berliner Denkmals für die in der NS-Zeit ermordeten Sinti und Roma und ohne auf den bisherigen bundesdeutschen Umgang mit Sinti und Roma einzugehen, forderte Friedrich von den serbischen und mazedonischen Regierungen, "dass die Menschen in ihren Ländern ordentliche Verhältnisse vorfinden, auch nicht diskriminiert werden". Immerhin wollten beide Länder "ja in

die Europäische Union, und ich denke, da kann man auch einiges von ihnen verlangen."¹

Mit seiner martialischen Attitude versuchte Friedrich offenbar, vom Verdacht des behördlichen, institutionellen Rassismus im anderen Fall, dem des NSU, abzulenken. Hauptsächlich aber ermutigte der Bundesinnenminister einen möglichen Populismus gegen Sinti und Roma vor Ort, mit dem sich nun städtische Verwaltungen zusätzlich konfrontiert sehen. Dies gilt auch im Fall Duisburg, wo Einwanderinnen und Einwanderer aus Bulgarien und Rumänien zum Streitfall werden, obwohl sie den Status von EU-BürgerInnen haben.

1 n-tv-Nachrichten vom 25. Oktober 2012: Innenminister will schärfere Asylregeln. Friedrich droht Balkanländern. [http://www.n-tv.de/politik/Friedrich-droht-Balkanlaendern-article7570606.html]



Seit 2007 sind südosteuropäische Roma¹ vornehmlich aus Bulgarien und Rumänien nach Duisburg eingewandert. Der in diesen Ländern weit verbreitete Rassismus ist neben der Hoffnung auf Verbesserung ihrer sozialen Situation ein Grund für die Auswanderung. In den Stadtteilen Hochfeld und Bergheim kam es zu Protesten mit teils rassistischem und wohlstandschauvinistischem Hintergrund gegen die Zugewanderten.

Die Konzentration der Migration auf bestimmte Stadtteile in Duisburg liegt in dem Zugang zu bezahlbaren Wohnraum und zu bereits bestehenden Netzwerken begründet. Als EU-Bürger haben die Roma das Recht auf Einreise und Aufenthalt im Bundesgebiet, sie sind also legal hier. Die Migranten sind vielfältigen Problemen ausgesetzt: Sie haben fast keine Möglichkeit zu arbeiten und sich ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Innerhalb einer Übergangszeit bis längstens 31.12.2013 dürfen bulgarische und rumänische Staatsangehörige nur mit einer ausdrücklichen Genehmigung der Bundesagentur für Arbeit beschäftigt werden. Diese kann als Arbeitserlaubnis-EU mit uneingeschränktem oder mit beschränktem Zugang zum Arbeitsmarkt erteilt werden, was jedoch nur in Ausnahmefällen geschieht.

Da die Roma in der Regel über keinen Krankenversicherungsschutz verfügen, bekommen sie keine Gesundheitsvorsorge. Ein Anspruch auf soziale Leistungen mit Ausnahme von Wohn- und Kindergeld besteht nicht. In ihren schlecht ausgestatteten Wohnungen herrschen miserable hygienische und gesundheitsgefährdende Umstände. Müllbehälter sind nicht oder unzureichend vorhanden, weshalb es im Wohnumfeld häufig zu illegaler Müllablage kommt. Dies führt zu Beschwerden von "autochthonen" Bürgern und Hauseigentümern, die sich um das Erscheinungsbild des Stadtteils "sorgen". Duisburg-Hochfeld bekam in den letzten Jahren Fördermittel aus dem Programm "Soziale Stadt NRW", das zu einer "Aufwertung" des Stadtteils führen sollte. Durch den Zuzug der Roma scheint nun dieser "Erfolg" gefährdet. Aufgrund von antiziganistischen Vorurteilen werden die Migranten Opfer von gesellschaftlicher Ausgrenzung.

Antiziganismus ist ein in Analogie zum Antisemitismus gebildeter wissenschaftlicher Fachbegriff für "Zigeunerfeindlichkeit". Er bezeichnet feindliche Einstellungsmuster gegenüber "Menschen und Gruppen, der mit dem Stereotyp des "Zigeneuers" belegt werden. Damit einher geht die Zuschreibung von negativ bewerteten Eigenschaften wie Kriminalität, Primitivität oder fehlende Integrationsbereitschaft, aber auch die Zuschreibung exotistischer Zuschreibungen wie Musikalität und Freiheit. Änneke Winckel stellt fest: "Beide schreiben Gruppenmerkmale als unveränderbar und identitätsstiftend fest. Diese Festlegung vermeintlich typischer Charakteristika für eine Gruppe wird dem Einzelnen, der ihr zugeordnet werden, nie gerecht." (Winckel 2002, 11)

Die Feindschaft gegen Sinti und Roma ist innerhalb der bundesrepublikanischen Gesellschaft weit verbreitet, wobei institutioneller Rassismus eine wesentliche Rolle spielt.2 Aus dem nationalsozialistischen Völkermord (Porajmos), dem nach Schätzungen europaweit 500.000 Sinti und Roma zum Opfer fielen, hat das postfaschistische Deutschland nur sehr wenig gelernt: Die rassistisch-antiziganistischen Stereotype wurden weiter tradiert. Laut Meinungsumfragen sind zwischen 64 und 68 Prozent der Bevölkerung antiziganistisch eingestellt.3 ,Wissenschaftler' wie Volkmar Weiß, der Sinti und Roma als eine "erbliche Unterschicht" von "minderer Bevölkerungsqualität" bezeichnet, tragen zu dieser rassistischen Stereotypisierung bei. (Weiß 2000, 195-202)

Lokale Pressorgane wie die Neue Ruhr Zeitung (NRZ) beteiligen sich an der Stigmatisierung von Roma und erweisen sich als Motoren und Multiplikatoren der Ethnisierung des Sozialen. Die NRZ sieht eine "Belastung durch Zuzug von Sinti und Roma" für die Stadt Duisburg. Die Migranten stellen "Duisburg vor soziale Probleme" (12.9.2012). Hier wird suggeriert, dass 5.000-6.000 Roma eine Stadt von ca. 500.000 Einwohnern bedrohen. In Form einer Täter-Opfer-Umkehr werden Roma zu Tätern erklärt, obwohl sie - sozial marginalisiert - von extremer Armut betroffen sind. Die Sichtweise, dass Roma Probleme haben und nicht machen, wird nicht angesprochen. Die Thematisierung des "stetige(n) Zuzugs" der "Armutsflüchtlinge" (ebd.) erinnert sehr stark an die Berichterstattung von hegemonialen bürgerlichen Medien Anfang der 1990er Jahre, als von "Asylantenschwemme" und "Wanderungswellen" die Rede war, die angeblich das "wiedervereinigte" Deutschland bedrohen. (Vgl. dazu z.B. Yildiz 2006)

Die Tatsache, dass Sinti und Roma besonders in osteuropäischen Ländern wie Ungarn, Bulgarien und Rumänien aus rassistischen Gründen diskriminiert, verfolgt oder gar umgebracht werden, findet keine Erwähnung. (NRZ 12.9.2012)

Im bürgerlichen Duisburger Stadtteil Bergheim, wo "Wutbürger" über "Müll, Pöbeleien und Krach im Umfeld eines so genannten "Roma-Hochhauses" klagten, kamen ca. 300 Unterschriften zusammen, um die "Umsiedlung" der dort ansässigen Roma zu fordern.4 Als

¹ Es ist nicht auszuschließen, dass sich unter den Einwanderern nicht nur Roma, sondern auch andere sozial marginalisierte Menschen aus Südosteuropa befinden.

² Nicht nur dieses Beispiel zeigt, dass die Extremismustheorie, die unter anderem von Uwe Backes, Ekkehard Jesse und Armin Pfahl-Traughber vertreten wird, der bundesdeutschen Realität nicht standhält.

³ http://www.science-at-home.de/referate/sinti.php

⁴ Siehe dazu die Länderberichte Ungarn, Bulgarien und Rumänien in Mayer, / Odehnal, 2010

Begründung wurde genannt, dass die zugewanderten Roma aufgrund ihrer Mentalität und Lebensart nicht integrierbar seien. Die Aussagen tragen Züge eines kulturellen Rassismus, da den Roma unveränderliche kulturelle und biologistische Merkmale zugesprochen werden, die eine Separierung von der (weißen) Mehrheitsbevölkerung notwendig machen. Am 15.10.2012 wurde an der Fassade eines Hauses in Bergheim, das ausschließlich von Roma bewohnt wird, ein Hakenkreuz neben einem NPD-Aufkleber gefunden. Der oder die Täter konnten bislang noch nicht ermittelt werden. (NRZ 12.9.2012, 3). Die Situation weckt Erinnerungen an die Vorgeschichte des Pogroms von Rostock-Lichtenhagen vor mehr als 20 Jahren. Schon Monate vor den rassistischen Ausschreitungen häuften sich damals beim Rostocker Senat Beschwerden über Lärm, Schmutz und Diebstähle. Die Behörden ignorierten die zahlreichen Beschwerden der Anwohner und Bewohner der Zentralen Aufnahmestelle für Asylbewerber (ZAST) über die schlimmen hygienischen Zustände und die menschenunwürdigen Bedingungen im Wohnhaus. Weder Rostocker Kommunalpolitiker noch Landespolitiker in Schwerin fühlten sich zuständig.

Im Unterschied zu Rostock-Lichtenhagen gibt es jedoch in den Duisburger Stadtteilen Hochfeld und Bergheim (noch) keine Gruppierung der extremen Rechten, die versucht hätte, aus der Situation politisches Kapital zu schlagen oder zu Demonstrationen aufzurufen. Vor allem aber legte die Stadt Duisburg im Herbst 2011 ein ambitioniertes "Handlungskonzept" vor, in dem die Verbesserung der Wohnsituation, die gesundheitliche Versorgung und notwendige Bildungsangebote als Kernziele genannt werden. (Stadt Duisburg 2011, 20)

In der Vorbemerkung heißt es, dass sich "alle Fachbereiche der Stadtverwaltung und alle betroffenen karitativen und sozialen Träger konkreter Problemstellungen angenommen und dadurch zur

"Die bisherige, allgemein verbreitete Strategie, über die Betroffenen zu reden, muss dadurch ersetzt werden, dass man mit ihnen redet."

Entspannung konfliktbelasteter Situationen beigetragen" hätten. Es habe sich gezeigt, "dass die aus der Zuwanderung entstehenden Problemstellungen dauerhaft sind und somit klare Regelungsnotwendigkeiten bestehen. Die Zuwanderungssituation wird nicht vorübergehend sein, sodass sich die Frage stellt, wie eine gesellschaftliche Integration der Zuwandernden möglich ist."

Das Papier wurde freilich ohne Vertreter oder Anhörung der Betroffenen ausgearbeitet. Darüber hinaus wird die Realisierung aufgrund der angespannten Haushaltslage der Stadt Duisburg von einer finanziellen Beteiligung des Landes NRW, des Bundes und der EU abhängig gemacht. Die Umsetzung und Weiterentwicklung dieses "Handlungskonzepts" ist freilich völlig offen.

Die bisherige, allgemein verbreitete Strategie, über die Betroffenen zu reden, muss dadurch ersetzt werden, dass man mit ihnen redet. Vertreter der Stadt, des Landes und des Bundes sind dazu aufgefordert, zusammen mit Vertretern der Roma humane Lösungsansätze zu entwickeln, die auch nachhaltigen Charakter besitzen. Sonst ist eine Eskalation der Lage aufgrund der aufgeheizten Stimmung und der gestiegenen Gewaltbereitschaft von Neonazis nicht auszuschließen.

Zu erinnern ist daran, dass in der Vergangenheit die Integration von polnischen Arbeitskräften, der "Vertriebenen" nach dem 2. Weltkrieg und der "Gastarbeiter" im Ruhrgebiet weitestgehend gelungen ist. Für die Stadt Duisburg mit ihrer multikulturellen Tradition sollte die Aufnahme von 5.000-6000 Roma, die etwas mehr als 1% der Gesamtbevölkerung ausmachen, kein ernsthaftes Problem sein. Ein dauerhafter Dialog mit den Einwanderern und eine Versachlichung der Debatte – nicht nur auf politischer Ebene – wären wünschenswert.

Literatur

Mayer, Gregor / Odehnal, Bernhard: Aufmarsch. Die rechte Gefahr aus Osteuropa, St. Pölten/Salzburg 2010.

Stadt Duisburg: Handlungskonzept der Stadt Duisburg zum Umgang mit der Zuwanderung von Menschen aus Südost-Europa, Duisburg 2011.

Weiß, Volkmar: Die IQ-Falle. Intelligenz, Sozialstruktur und Politik, Graz 2000.

Winckel, Änneke: Antiziganismus. Rassismus gegen Sinti und Roma im vereinigten Deutschland, Münster 2002.

Yildiz, Erol: Stigmatisierende Mediendiskurse in der kosmopolitanen Einwanderungsgesellschaft, in: Butterwegge, C./Hentges, G. (Hrsg.): Massenmedien, Migration und Integration, Wiesbaden 2006, S. 35-52.

http://www.derwesten.de/staedte/duisburg/nazi-schmiererei-am-problemhausin-duisburg-bergheim-id7198580.html.

Die "unternehmerische Stadt" und das "Recht auf Stadt"

Anne Vogelpohl

Eine der wohl am wenigsten umstrittenen Überzeugungen in der sozialwissenschaftlichen Geographie ist die, dass jede gesellschaftliche Veränderung auch eine räumliche Veränderung ist. Der Zusammenhang von Raum und Gesellschaft kann dabei weder hierarchisch noch kausal verstanden werden: Gesellschaft 'beinhaltet' nicht Raum und Gesellschaft ist auch kein Teil des Raumes. Stattdessen vollziehen sich gesellschaftliche Prozesse über Raum. Gesellschaft kann deswegen auch nicht den Raum beeinflussen, genauso wenig wie dieser Gesellschaft beeinflusst. Die beiden Konzepte sind zwar nicht synonym, aber auf engste miteinander verwoben. Somit ist für jeden Gesellschaftstyp auch ein spezifischer Raum typisch. Oder, um es mit dem französischen Philosophen und Soziologen Henri Lefebvre in Bezug auf Stadt auszudrücken: "Each type of society and each mode of production has had its type of city." (Lefebvre 1996, 168) Was bedeutet das nun gegenwärtig?

Im Folgenden möchte ich den Zusammenhang von Neoliberalisierung und der unternehmerischen Stadt skizzieren und anschließend Alternativen unter dem Motto "Recht auf Stadt" andeuten, die auch mit dem Raum die Gesellschaft verändern könnten.¹

Unternehmerische Stadt

1983 hat der damalige Erste Bürgermeister der Stadt Hamburg Klaus von Dohnanyi eine richtungsweisende Rede gehalten. Sie trug den Titel "Unternehmen Hamburg"2. Heute, fast 30 Jahre später, erscheint die Rede auf den ersten Eindruck ermüdend - benennt sie doch all jene politischen Herausforderungen und Ziele, die man inzwischen in fast jedem Amt für Stadtentwicklung und Wirtschaft irgendwo notiert finden kann. Bei genauerem Lesen lässt sich jedoch aus den Zeilen eine Mischung aus Überraschung und Dringlichkeit herauslesen, die zusammengenommen erklärbar machen, wie ein tiefgreifender

Wandel der Städte in den letzten Jahrzehnten durchgesetzt werden konnte.

Vor dem Hintergrund der De-Industrialisierung zeichnet Dohnanyi ein pessimistisches Zukunftsszenario für Hamburg. Wachsende Arbeitslosigkeit, sinkende Produktivität und hohe Sozialausgaben könnten Hamburg zu einer armen, marginalisierten Stadt machen, wenn die Politik und die Wirtschaft nicht rechtzeitig umlenken. Deshalb schlägt er eine Reihe von Maßnahmen vor, die später (unabhängig von seiner Rede) zu Kernmerkmalen der ,unternehmerischen Stadt' wurden: Anwerbung von kreativen Menschen, Spezialisierung auf wachstumsversprechende Dienstleistungsbranchen, Förderungen von Unternehmensgründungen, Stärkung des Stadtmarketings und Lernen von anderen Städten. In diesen Einzelaspekten sind grundlegende Tendenzen angelegt, die in der kritischen Stadtforschung heute als die Kernproblematiken jüngerer Stadtentwicklungen gelten. Erstens wird ein starker Fokus auf gut gebildete Eliten gelegt, von denen eine eigenständige wirtschaftliche Initiative erwartet wird. Zweitens wird versucht, Städten ein positives Image zu geben, um dieser Elite die Vorteile des Wohnens eben dort zu verdeutlichen. Und drittens werden Städte im Wettbewerb untereinander konzipiert, was notwendigerweise zu einer Marginalisierung zumindest einzelner Personen in den Städten, wenn nicht gar ganzer Städte führen muss.

Hamburg stellt in dieser Entwicklung weder eine Vorreiterin noch eine Ausnahme dar. Das zeigt nicht zuletzt auch das Buch "The Entrepreneurial American City" aus dem Jahr 1986, das auf Deutsch als "Die Stadt als Unternehmer" erschienen ist (Duckworth 1987). Es wurde von verschiedenen Personen aus der amerikanischen Stadtverwaltung, dem US Department of Housing and Urban Development, verfasst. Neben ähnlichen inhaltlichen Zielsetzungen werden in diesem Buch auch Vorschläge für verwaltungsinterne Restrukturierungen gemacht, so dass Behörden selbst wie ein Unternehmen agieren, die Stadt als Ressource und BürgerInnen als KundInnen begreifen. Die explizite Bezeichnung von Städten als Unternehmen wurde damit zunächst von Akteuren aus Politik und Verwaltung vorgenommen, bevor sie in der wissenschaftlichen Diskussion verarbeitet wurden (maßgeblich als "entrepreneurialism" von David Harvey (1989) und als "new urban politics" von Kevin Cox (1993)).

Neoliberalisierung und das Städtische

Die Debatte um die unternehmerische Stadt entstand also in den 1980er Jahren vor dem Hintergrund der De-Industrialisierung, weshalb die Entwicklung gesellschaftstheoretisch vorerst mit "Postfordismus" bezeichnet wurde. Erst seit den 2000er Jahren werden die Prozesse in erster Linie mit dem Begriff

¹ Der Artikel stellt eine Kurzfassung meines Beitrages auf dem DISS-Colloquium zum Thema "Umkämpfte Räume" vom 16. bis 18. November 2012 in Würzburg dar.

² www.uebersee-club.de/vortrag/vortrag-1983-11-29.pdf, (10.08.2012)

Neoliberalisierung gefasst. Diese neue Bezeichnung macht meines Erachtens zwei wesentliche Unterschiede: Erstens wird der analytische Fokus weg von der reinen Beschreibung neuer Phänomene des Städtischen hin zur ihrer Erklärung verschoben. Und zweitens wurden mit dem neuen Begriff nicht mehr nur ökonomische Veränderungen untersucht, sondern auch sozio-kulturelle Momente wie Folgen von Autonomieforderungen in den Bewegungen der 1970er Jahre oder Flexibilisierungsprozesse.

Um auf das eingangs genannte Wechselspiel von Gesellschaft und Raum zurückzukommen, stellt sich hier die Frage, wie genau der Zusammenhang von Neoliberalisierung und der neuen Form des Städtischen ist. Die Neoliberalisierung, die sich aus Politiken der Deregulierung, Privatisierung, Dezentralisierung sowie Markt- und Wettbewerbsorientierung zusammensetzt, ging mit einer geographischen Neusortierung von gesellschaftlicher Verantwortung und politischer Kompetenz (,rescaling') einher (Brenner/Theodore 2002; Heeg/ Rosol 2007). Dabei wurde die Rolle der Städte und des Städtischen intensiviert, indem Gesetzgebungskompetenzen auf die lokale Ebene verlagert wurden, in Zeiten kommunaler Haushaltsklemmen ,urbane Qualitäten' zu Standortfaktoren gemacht werden oder indem das Städtische' zum Schlüsselmerkmal sozialer Identitäten deklariert wird. Diese Beispiele sind weniger Neoliberalisierungseffekte, sondern sie selbst – so die Annahme vieler StadtforscherInnen - tragen wesentlich zur Implementierung der neoliberalen Ideologie bei. Gleichzeitig werden Städte aber auch als Orte emanzipativer Veränderungen und deswegen als umkämpfte Orte des Experimentierens, des Konfliktes und des Aushandelns verstanden (Lefebvre 1972; Leitner et al. 2007; Mayer/Künkel 2011; Vogelpohl 2011). In den letzten Jahren wurde eine Variante derartiger Konzeptionen von Städten als ,revolutionäre Orte' besonders verbreitet: das Recht auf Stadt. Dieses soll zum Abschluss umrissen werden.

Das Recht auf (eine andere) Stadt

Seit 2009 ist eine internationale Bewegung in Deutschland angekommen, die aus dem offenen und doch zielgerichteten Schlagwort ,Recht auf Stadt' schöpft. Inspiriert durch die US-Amerikanische ,Right to the City Alliance' und sich weltweit rasant verbreitenden Initiativen, wurde in Hamburg das erste Netzwerk mit diesem Titel gegründet. Das Besondere an diesem Netzwerk ist die Zusammenführung bereits bestehender, sehr heterogener Initiativen, die vorher eher spezialisierte Kämpfe gegen die neoliberalisierte Stadt führten: gegen Gentrification, gegen Zerstörung von Freiräumen, gegen Exklusion u.v.m. Das kollektive Agieren zeigt, dass allein der Slogan Aufmerksamkeit zu erzeugen und die richtigen, vereinenden Worte für unterschiedlichste Einzelforderungen zu liefern vermag.

Zuerst benutzt wurde er von Henri Lefebvre 1968, der mit dem Urbanen eine zukünftige Gesellschaft beschrieb, die befreit ist vom entfremdeten Alltagsleben der Moderne und stattdessen Selbstbestimmtheit und Differenz zulässt. Lefebvre setzte an der Veränderung des Alltags an, weil er genau dort das Potenzial für eine tiefgreifende Revolution sah, die die ungleichen und unterdrückenden, kapitalistischen Verhältnisse überwinden kann. Das kann allerdings nur praktisch geschehen durch eine veränderte Raumproduktion: "A revolution that does not produce a new space has not realized its full potential; indeed it has failed in that it has not changed life itself [...]. A social transformation, to be truly revolutionary in character, must manifest a creative capacity in its effects on daily life, on language and on space." (Lefebvre 1991, 54) Wenn es zutrifft, dass die Einforderung eines Rechts auf Stadt zugleich das Verlangen nach einer nicht-kapitalistischen Utopie ausdrückt, sollten die stattfindenden Veränderungen in den heutigen Städten unter dem Gesichtspunkt diskutiert werden, inwiefern sie diesem Bedürfnis auch entsprechen.

Referenzen

Brenner, Neil u. Nik Theodore 2002: Cities and the Geographies of "Actually Existing Neoliberalism". In: Antipode 34(3), 349-379.

Cox, Kevin R. 1993: The Local and the Global in the New Urban Politics – A Critical Reconstruction. In: Environment and Planning D: Society and Space 11(4), 433-448.

Duckworth, Robert P. 1987: Die Stadt als Unternehmer. Stuttgart: Bonn Aktuell. Harvey, David 1989: From Managerialism to Entrepreneurialism – The Transformation in Urban Governance in Late Capitalism. In: Geografiska Annaler B 71, 3-17. Heeg, Susanne u. Marit Rosol 2007: Neoliberale Stadtpolitik im globalen Kontext. Ein Überblick. In: Prokla 37(4), 491-509. Lefebvre, Henri 1972: Die Revolution der Städte. München: List. (1970).

Lefebvre, Henri 1991: The Production of Space. Malden, Oxford, Victoria: Blackwell. (1974).

Lefebvre, Henri 1996: Right to the City. In: Kofman, Eleonore u. Elizabeth Lebas (Hg.): Writings on Cities. Malden, Oxford, Victoria: Blackwell, 61-174.

Leitner, Helga, Eric S. Sheppard, Kristin Sziarto u. Anant Maringanti 2007: Contesting Urban Futures: Decentering Neoliberalism. In: Leitner, Helga, Jamie Peck u. Eric S. Sheppard (Hg.): Contesting Neoliberalism – Urban Frontiers. New York: Guilford Press, 1-26.

Mayer, Margit u. Jenny Künkel 2011: Introduction: Neoliberal Urbanism and its Contestations – Crossing Theoretical Boundaries. In: Künkel, Jenny u. Margit Mayer (Hg.): Neoliberal Urbanism and Its Contestations – Crossing Theoretical Boundaries. London: Palgrave, 3-26.

Vogelpohl, Anne 2011: Städte und die beginnende Urbanisierung – Henri Lefebvre in der aktuellen Stadtforschung. In: Raumforschung und Raumordnung 69(4), 233-243.

Dr. Anne Vogelpohl ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Kontext des Forschungsverbundes "Neuordnungen des Städtischen im neoliberalen Zeitalter" am Institut für Humangeographie, Goethe-Universität Frankfurt am Main. Aktuell forscht Anne Vogelpohl über die Rolle von externer Beratung, insbesondere durch Unternehmensberatungen, in der Stadtpolitik.

Umkämpfte Räume

Eine Rezension von Siegfried Jäger



Umkämpfte Räume Peripherie: Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der dritten Welt 126/127 32. Jg. 2012: Münster, Westfälisches Dampfboot, S. 143-392, 24 €

Das Doppelheft befasst sich mit Räumen der Dritten Welt und wartet mit einer Fülle von Einzelfallanalysen auf, mit "umkämpften Räumen" in Afghanistan, Indien, dem Norden Finnlands, Juba (Südsudan), Kolumbien, der Somali- und der Puntlandregion (Äthiopien), den Städten der EU, sowie im transnationalen Raum zwischen Michoacán (Mexiko) und Chicago (USA). Das Thema zwingt gleichsam dazu, sich auf die vielfältigen sog. spatial turns zu beziehen, die, von radikalen Geographen der USA ausgehend, seit den späten 80er Jahren die Kulturwissenschaften bewegen und sich auf Carl Schmitt bis Foucault und besonders Agamben beziehen. Ausgangspunkt des voluminösen Heftes: Alle reden vom Raum, und Räume sind umkämpft.

Benedict Korf und Conrad Schetter vergleichen die Konzepte des Raumphilosophen und theologischen Apokalyptikers Carl Schmitt, in dessen Denken ausführlich eingeführt wird, mit Georgio Agambens Analysen des Ausnahmezustandes und diskutieren auf diesem Hintergrund die Kämpfe in Äthiopien und Afghanistan. Sie konstatieren - mit Carl Schmitt - ein Verschwimmen

der globalen Raumordnungen, die nicht mehr mit der Aufrechterhaltung einer politischen Ordnung einhergehen, sondern eine Weltunordnung zur Folge hätten, in der (nach Agamben) alle Menschen überall auf der Welt zum homo sacer avancieren würden. Netterweise geben sie zu, dass es sich bei einer solchen Schlussfolgerung um "spekulatives Schmitt'sches Gedankengut" handelt.

Nikolai Rosskamm diskutiert das "Reden vom Raum" (Levébvre, Soja, Foucault) und konstatiert, dass der Raumdiskurs in "theoretischen Sackgassen" stecke; er postuliert, dass der Einbezug raumsoziologischer Kategorien (zentral Natur und Gesellschaft) als ein Ausweg aus diesen Sackgassen dienen könne. Damit spricht er ein Problem an, das in den postmodernen Kultur- und Sozialwissenschaften insgesamt heftig diskutiert wird und ein Zusammendenken von sprachlichgedanklichen, Handlungs- und Gegenständlichkeitsdiskursen ermöglicht, also eine dispositivtheoretische Herangehensweise erforderlich macht.

Theoretische Ansprüche stellt auch das Peripherie-Stichwort (Wolfgang Hein) zum Thema Raum. Es vergleicht die traditionelle Container-Vostellung von Raum mit dem Ansatz der sozialen Konstruiertheit der Räume (Levébvre) und kommt zu dem Ergebnis, dass "Die Herrschaft des Kapitals ... den Charakter eines ökolgischen Imperialismus (annehme), der eine auf Basis von Finanz- und Warenmärkten gesteuerte Nutzung des globalen Umweltraumes verteidig(e)".

Markus V. Höhne beschreibt Somalia und Puntland als Beispiele umkämpfter Länder, die durchaus Stabilitäten aufweisen, die "besser" für Leben und Wohlstand der Bewohner seien als das, was mittels politischer und militärischer Interventionen von außen erreicht wurde. Zentralstaatliche Ansätze der internationalen Gemeinschaften erwiesen sich als wenig tauglich.

Der Band enthält zudem eine kritische Diskussion zum Themenfeld Migration in den Städten der EU, in der neue Pfade hin zur freien Mobilität und zu vollem Zugang zu substantiellen Rechten auf der Grundlage des Wohnortes für alle MigrantInnen erkämpft werden müssten. Außerdem enthält der Band eine Vielzahl von Rezensionen zum Thema, worauf wir gerne hinweisen möchten.

Am Beginn einer großen krisenhaften Neueinschätzung des Problems der Regierung

"Wenn ich die Machtmechanismen studiere, versuche ich sie in ihrer Spezifität zu studieren; nichts ist mir fremder als der Gedanke eines Herrn, der Ihnen sein eigenes Gesetz aufzwingt. Ich akzeptiere weder die Vorstellung der Herrschaft noch der Universalität des Gesetzes. Ich bin vielmehr bestrebt, Mechanismen der effektiven Machtausübung zu erfassen; und ich tue es, weil diejenigen, die in diese Machtbeziehungen eingebunden sind, die in sie verwickelt sind, in ihrem Handeln, in ihrem Widerstand und in ihrer Rebellion diesen Machtbeziehungen entkommen können, sie transformieren können, kurz, ihnen nicht mehr unterworfen sein müssen. Und wenn ich nicht sage, was zu tun ist, so nicht, weil ich glaubte, es gebe nichts zu tun. Im Gegenteil, ich denke, dass es tausend Dinge zu tun, zu erfinden, zu planen gibt von denen, die - in Kenntnis der Machtbeziehungen, in die sie verwickelt sind - beschlossen haben, ihnen zu widerstehen oder ihnen zu entkommen. So gesehen beruht meine gesamte Forschung auf dem Postulat eines unbedingten Optimismus. Ich unternehme meine Analysen nicht, um zu sagen: Seht, die Dinge stehen so und so, ihr sitzt in der Falle. Sondern weil ich meine, dass das, was ich sage, geeignet ist, die Dinge zu ändern. Ich sage alles, was ich sage, damit es nützt. (...) Es handelt sich um Themenvorschläge als Grundlage einer möglichen Diskussion. Mir scheint in der Tat, dass sich hinter der gegenwärtigen ökonomischen Krise und den großen Gegensätzen und Konflikten, die zwischen reichen und armen Nationen (industrialisierten und nichtindustrialisierten Ländern) absehbar werden, eine Krise der Regierung abzeichnet. Unter Regierung verstehe ich die Gesamtheit der Institutionen und Praktiken, mittels deren man die Menschen lenkt, von der Verwaltung bis zur Erziehung. Diese Gesamtheit von Prozeduren, Techniken, Methoden, welche die Lenkung

der Menschen untereinander gewährleisten, scheint mir heute in die Krise geraten zu sein, und zwar sowohl in der westlichen wie in der sozialistischen Welt. Auch dort empfinden die Leute die Weise, wie man sie lenkt, immer unbehaglicher, schwieriger, unerträglicher. Dieses Phänomen äußert sich in Formen des Widerstands, manchmal der Revolte, und richtet sich auf Fragen, die ebenso wohl alltägliche Dinge wie große Entscheidungen betreffen: den Bau von Atomfabriken oder die Einordnung der Leute in einen ökonomisch-politischen Block, in dem sie sich nicht wiedererkennen. Ich glaube, dass man in der Geschichte des Abendlands eine Periode finden kann, die der unseren ähnelt, auch wenn sich die Dinge natürlich nicht wiederholen, nicht einmal die Tragödien in Form der Komödie: nämlich das Ende des Mittelalters. Vom fünfzehnten zum sechzehnten Jahrhundert bemerkt man eine völlige Reorganisation der Regierung der Menschen, jenen Aufruhr, der zum Protestantismus geführt hat, zur Bildung der großen National-Staaten, zur Konstitution der autoritären Monarchien, zur Verteilung der Territorien unter der Autorität der Verwaltungen, zur Gegenreformation, zu der neuen weltlichen Präsenz der katholischen Kirche. All das war gewissermaßen eine große Umgestaltung der Art und Weise, wie die Menschen regiert wurden, sowohl in ihren individuellen wie in ihren sozialen, politischen Beziehungen. Mir scheint, dass wir uns erneut in einer Krise der Regierung befinden. Sämtliche Prozeduren, mit denen die Menschen einander führen, sind erneut in Frage gestellt worden, natürlich nicht von denen, die die Führung innehaben, die regieren, selbst wenn sie nicht umhinkönnen, die Schwierigkeiten zur Kenntnis zu nehmen. Wir stehen vielleicht am Beginn einer großen krisenhaften Neueinschätzung des Problems der Regierung."

(Aus: Michel Foucault, Dits et Ecrits Schriften Band 4, Nr. 281, Gespräch mit Ducio Trombadori, S. 115-117, Frankfurt 2005: Suhrkamp)

Occupy Democracy, aber wie?

Kämpfe um Demokratie

Ein Review-Essay von Siegfried Jäger

Sind die weltweite Occupy-Bewegung und – erst recht – der arabische Frühling kläglich gescheitert? Was hat die Entkolonialisierung afrikanischer Länder¹ gebracht außer Korruption und Kriegen? Hat die Krise neoliberaler Alternativlosigkeiten einen Ausweg gezeitigt, der in die Richtung wirklicher Demokratie deutet?

Angesichts des "arabischen Frühlings" und auch der weltweiten Occupy-Bewegung drängt sich die alte Frage auf, was "wir" denn eigentlich unter Demokratie verstehen und wie und ob überhaupt sie zu realisieren ist. Und diese Frage drängt sich deshalb in besonderer Weise auf, weil das von "uns" und dem ganzen Westen vertretene und gelegentlich auch geliebte oder manchmal gar als heilig geglaubte Modell von (repräsentativer) Demokratie in anderen, besonders in armen, islamisch geprägten Ländern oft vehement abgelehnt und oftmals schlichtweg gehasst wird.2 Der Kampf gegen autokratische Systeme in Tunesien, Libyen oder Ägypten konnte in kurzen Stürmen erfolgreich sein, westliche Demokratie konnte aber bisher nicht an ihre Stelle treten.3 Daher zuerst der Versuch, etwas genauer zu bestimmen, ob dieses Konzept, eine Regierungsform, nur die dazu geeignete Exekutive oder eine ethische Haltung meint?4

- 1 Vgl. dazu auch die Rezension des Doppelheftes der Zeitschrift *Peripherie* mit dem Titel "Umkämpfte Räume" in diesem Heft. 2 Vgl. dazu Jean Ziegler: Der Hass auf den Westen. Wie sich die armen Völker gegen den wirtschaftlichen Weltkrieg wehren, München 2008.
- 3 Auch die Occupy-Bewegung lehnt bekanntlich zumindest in großen Teilen die Verquickung von Demokratie und sogenannter freier Marktwirtschaft ab, konzentriert sich in ihrem Widerstand jedoch vornehmlich auf die negativen sozialen Auswirkungen dieser Verquickung, allerdings oft verbunden mit der Forderung nach "wirklicher Demokratie". S. dazu DISS-Journal 22/2011.
- 4 Zu dieser Frage vgl. auch die Gouvernementalitäts-Studien Michel Foucaults

Eine Debatte
Mit Beiträgen von
G. Agamben, A. Badiou,
D. Bensaïd, W. Brown,
J.-L. Nancy, J. Rancière,
K. Ross und S. Žižek
edition suhrkamp
SV

In dem soeben erschienenen Büchlein von Giorgio Agamben, Alain Badiou, Daniel Bensaïd, Wendy Brown, Jean-Luc Nancy, Jacques Ranciere, Kristin Ross und Slavoj Žižek: Demokratie? Eine Debatte⁵ wird der Versuch gemacht, dem Begriff der Demokratie auf den Grund zu gehen. Mit anderen Worten, es wird nach der Wahrheit dieses Begriffs gesucht und - wie nicht anders zu erwarten - diese Wahrheit wird nicht gefunden. Es werden nur unterschiedliche Wahrheiten gefunden, also Definitionen, die jeweils eine gewisse zeitweilige, lokale oder regionale Gültigkeit haben. Entsprechend gibt es auch sehr unterschiedliche Demokraten: "sozialistische Demokraten", "revolutionäre Demokraten", "bürgerliche Demokraten", "imperialistische Demokraten", "fortschrittliche Demo-

und dazu einführend Bröckling, Ulrich/ Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas (Hg.): Gouvernementalität der Gegenwart, Studien zur Ökonomisierung des Sozialen, Frankfurt/M.: Suhrkamp 2000.

5 Frankfurt/M.: Suhrkamp 2012, 137 Seiten, 14 €

kraten" und "autoritäre Demokraten".6 So scheint der Begriff der Demokratie völlig beliebig und letztlich inhaltslos geworden zu sein und seine emanzipative Komponente eingebüßt zu haben, falls er sie denn jemals innehatte. Aber die oft radikale und nicht selten hasserfüllte Ablehnung der Demokratie, wie wir sie recht umstandslos kennen, muss doch ihren Grund haben. Es muss sich um eine bestimmte gültige Auffassung von Demokratie handeln, die diese radikale Ablehnung provoziert. Kristin Ross (S. 113) wartet mit einer Antwort auf, die diesen Hass zumindest in seiner Grundstruktur zu erklären geeignet sein könnte. Sie schreibt: [D]ie westlichen Regierungen ... haben das Wort praktisch vollkommen für sich in Beschlag genommen und nichts von seinem früheren emanzipatorischen Beiklang übriggelassen. Demokratie ist zu einer Klassenideologie zur Rechtfertigung von Systemen geworden, die das Regieren einem kleinen Personenkreis überlassen – und sozusagen ohne das Volk regieren; ... Wenn man es schafft, eine ungehemmte und deregulierte freie Marktwirtschaft, einen rücksichtslosen, mit allen Mitteln geführten Kampf gegen den Kommunismus sowie das Recht, sich militärisch in die inneren Angelegenheiten zahlloser souveräner Staaten einzumischen, wenn man es also schafft, dies alles ,Demokratie' zu nennen, dann ist das schon ein echtes Kunststück. Es fertigzubringen, dass der Markt für eine offensichtliche Bedingung der Demokratie gehalten wird und die Demokratie für ein System, das unerbittlich nach dem Markt ruft, ist eine beachtliche Leistung."7

Gleichzeitig ist zu beobachten, dass die Demokratie auch in westlichen Industrieländern zunehmend "verstimmt" ist.

⁶ Ross, in Agamben u.a.; S. 106.

⁷ Dazu kommen natürlich manche andere Faktoren, religiöse, traditionelle etc.



Stephan Braun und Alexander Geisler haben ein Buch herausgegeben, das den Titel trägt: Die verstimmte Demokratie. Moderne Volksherrschaft zwischen Aufbruch und Frustration.⁸

Zugegeben, es ist ein etwas langweiliges und sozusagen eindimensionales Buch, das sich in fast allen seiner 25 Beiträgen einem einzigen Thema widmet: der Verdrossenheit vieler Bürgerinnen und Bürger angesichts der reparlamentarisch-repräsentativen Demokratie, und was gegen diese Verstimmtheit zu machen sei, die meist als Politikverdrossenheit daherkomme. In ihrer Einführung werden die Symptome der Verstimmung zwar ausführlich aufgelistet und es wird auch von Demokratiekritik gesprochen und von der Macht der Ökonomie und des kapitalistischen Finanzsystems gegenüber den demokratischen Parteien und der gewählten Exekutive, die damit ihre Autonomie verloren hätten.9 Diese grundsätzliche Frage wird in den folgenden Beiträgen dann aber kaum weiter erörtert, und dies, obwohl der Kabarettist Dieter Hildebrandt mit seiner "kabarettistischen Provokation" zitiert wird: "Demokratie ist der Spielraum, den die Wirtschaft ihr lässt." (13) Die Verdrossenheit in der Bevölkerung scheint jedoch damit nichts zu tun zu haben. So geht es in einem allerdings äußerst verbalradikalen Beitrag von Elmar Wiesendahl von der Universität der 8 Wiesbaden: Springer VS, 330 Seiten, 24,95 €. 9 Unter Bezug auf einen Artikel von Uwe Timm im Tagesspiegel vom 28.1.2012.

Bundeswehr München nur "um eine Kritik der maßlosen und herabsetzenden Antiparteienkritik, zumal nicht von der Hand zu weisen (sei), dass sie mit ihrer Stimmungsmache und Klimavergiftung dazu beiträgt, die Legitimitätsgrundlagen der Parteiendemokratie zu untergraben." (S. 79)

Ganz so wild agieren andere Verteidiger der real existierenden repräsentativen Demokratie allerdings nicht. So sieht z. B. Karl-Rudolf Korte von der NRW School of Governance an der Universität Duisburg-Essen unverzagt, "dass das Parteiensystem als ein anpassungsfähiges System lebendig geblieben ist." Und er begnügt sich damit, "Politik und Politikverdrossenheit (als) Chiffren für die Unzufriedenheit der Bürger mit den Unübersichtlichkeiten einer komplizierten Demokratie" anzusehen. (S. 41) Das ist vielleicht etwas arrogant gegenüber den Wählerinnen und Wählern, zeigt aber zugleich auf, dass Korte sich mit einer oligarischen Form des Regierens zufrieden gibt.

Nun gibt es in diesem reichhaltigen Band durchaus auch einige Lichtblicke wirklich demokratischen Denkens und wissenschaftlicher Klarsicht. So spricht etwa der Wirtschaftssoziologe Oliver Nachtwey von der "Krise des demokratischen Kapitalismus", einer Krise, die "nicht nur eine Frage demokratischer Verfahren, sondern unmittelbar verbunden (sei) mit der Verteilung und Kontrolle des Reichtums zwischen besitzenden und nicht-besitzenden Klassen." (S. 45) Er sieht, dass "[e]ine demokratische Erneuerung ... von den ideell ermatteten und politisch erschöpften Eliten der Gegenwart kaum zu erwarten" sei. (S. 47) Und glaubt, dass "[a]uch die neuen demokratischen Bewegungen ... bislang einfluss- und machtlos" (bleiben). Occupy oder die spanischen Indignados sind vor allem symbolische Manifestationen der Unzufriedenheit und möglicherweise die Vorboten einer viel umfassenderen Demokratiebewegung." (S. 47f.) Und er hofft auf eine "Wiedergewinnung utopischer Energien". (S. 48) Darauf hofft auch der kritische Soziologe Oskar Negt und plädiert für Utopie und außerparlamentarischen Widerstand. Alexander Häusler diskutiert die Gefahr rechtspopulistischer Umdeutung direkter Demokratie und fordert, dass die soziale Frage – in ihrer transnationalen Dimension – wieder in das Zentrum der politischen Auseinandersetzungen gerückt wird.

In einigen abschließenden Beiträgen werden Möglichkeiten direkter Demokratie anhand von konkreten Fällen wie Stuttgart 21' diskutiert, die meistens aber nur als Ergänzungen repräsentativer Demokratie angesehen werden. Hervorzuheben ist allerdings der engagierte Schlussbeitrag von Anne Seifert und Franziska Nagy, in dem eine "demokratiepädagogische Unterrichtsmethode" (S. 287) vorgeschlagen wird. Sie stützen sich auf ein fundiertes Demokratieverständnis mit dem Konzept "Demokratie als Lebensform", durch das eine Erziehung zu kritischen Geistern erfolgen kann.

So enthält dieses Buch eine grundlegende Verteidigung repräsentativer kapitalismuskonformer Demokratie, aller-



dings auch einige Fluchtlinien, die Wege in die Richtung wirklicher Demokratie aufzeigen.

aussichten aus? Haben sie wirklich eine Chance die destruktiven Dynamiken der internationalen

Finanzmärkte einzudämmen oder gar aufzu-

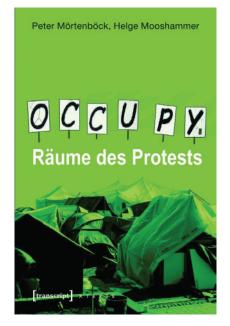
Solche Fluchtwege könnten sich besonders deutlich in der Occupy-Bewegung und im Arabischen Frühling zeigen.

Eine ausgezeichnete und analytisch profunde Darstellung der Proteste enthält Wolfgang Kraushaar: Der Aufruhr der Ausgebildeten. Vom Arabischen Frühling zur Occupy-Bewegung¹⁰, ein Buch, in dem viele Schauplätze der Aufstände in aller Welt aufgesucht und nicht nur akribisch dargestellt werden, sondern von Kraushaar, dem bekannten Politik- und Sozialwissenschaftler und Protestforscher vom Hamburger Institut für Sozialforschung, kritisch vergleichend untersucht werden. Dabei geht es ihm insbesondere auch um die Perspektive und damit die Erfolgsaussichten dieser Bewegungen. Die Demonstranten des Arabischen Frühlings haben immerhin eine ganze Reihe autoritärer Regierungen zu Fall gebracht, angefangen mit Tunesien und daraufhin die gesamte nord- und teilweise auch die südliche afrikanische Mittelmeerküste überziehend. Der Anstoß, so Kraushaar, den der Arabische Frühling gegeben hat, sei keineswegs auf diesen Raum beschränkt geblieben und habe mit Spanien, Portugal und Frankreich etwa auf Länder übergegriffen, die politisch, kulturell und religiös völlig anders strukturiert seien. (S. 10) Überraschend ist für ihn, dass auch Israel hinzugekommen ist, wo auch Hunderttausende junger Leute vor allem der Mittelschicht auf die Straße gegangen sind. Mit Occupy Wallstreet ist sodann eine weitere Bewegung von besonderer Bedeutung hinzugekommen, und insgesamt "sieht es ganz so aus, als sei die soziale und politische Welle, die über Monate hinweg so viele und so unterschiedliche Länder in Atem gehalten hat, nun im Epizentrum der Macht, zumindest der des internationalen Finanzkapitals, angekommen." (S. 11)

Der mediale Mythos, dass es sich bei den beiden Aufständen um völlig unterschiedliche Ereignisse handele, ist daher auch nicht haltbar. Denn: "Weltweit wurde in mehr als 900 Städten in rund 80 Ländern demonstriert." (S. 12) Kraushaar sucht denn auch nach der "gemeinsamen Schnittmenge" der Pro-

teste, aus denen so etwas wie gemeinsamer Widerstand und Aufruhr erwuchs bis hin zur Auflehnung gegen die Staatsgewalt. Protagonisten dieser Widerstände sind nach Kraushaar die "Ausgebildeten", die weltweit dagegen angingen, dass sie ihre Zukunftsversprechen nicht mehr als eingelöst betrachten konnten. Das ist, wie mir scheint, eine zwar richtige, aber nicht völlig zureichende Erklärung. Der soziale Druck, dem die jungen Leute ausgesetzt sind, ist zwar bedeutsam und keineswegs unwichtig. Doch die Analysen Kraushaars selbst zeigen, dass es um mehr ging, nämlich um Kämpfe gegen die Verletzung von Menschenwürde und Gerechtigkeit, nicht nur soziale, sondern universale.11

Die einzelnen Analysen und die Kapitel zu den Akteuren, zu den virtuellen Räumen, zu den Ursachen für den Fall der arabischen Autokratien, den Verursachern der weltweiten Finanzkrise, dem Widerstand der Prekarisierten und zu dem Machtkampf in Kairo sind überaus lesenswert. Dagegen dürften Kraushaars Überlegungen zu den Perspektiven des Aufruhrs und der Proteste insgesamt ziemlich umstritten sein. Insbesondere seine Einschätzung, dass die Proteste rein symbolischen Charakter hätten und somit perspektivlos seien, möchte ich so nicht teilen. Hier hat ein ungeheuer wichtiger Lernprozess stattgefunden, und findet im Übrigen weiterhin statt, der für zukünftige Kämpfe außerordentlich wichtig sein wird. Der ungewöhnlich erfolgreiche Widerstand in Griechenland, der vom Syntagmaplatz ausging, hatte einen wichtigen Vorlauf in Gestalt von Protesten wenige Monate zuvor. Formen gewaltfreien Widerstands lernt man nicht auf Anhieb, sondern in den Auseinandersetzungen selbst. Revolutionen sind keine einmaligen Gewaltakte, sondern historische Lernprozesse. Politische Programme fallen nicht vom Himmel, und sie er-



weisen sich als kontraproduktiv, wenn es darum geht, wirkliche Demokratie durchzusetzen.

Diese Schlussfolgerungen werden durch eine weitere Veröffentlichung unterstrichen, nämlich von Peter Mörtenböck und Helge Mooshammer: Occupy. Räume des Protests,12 einem knapp 200 Seiten langen "Essay" der beiden Wiener Kulturwissenschaftler. Sie beziehen sich im Wesentlichen auf dieselben Fakten wie Wolfgang Kraushaar, allerdings unter Betonung der Ereignisse in New York, interpretieren sie jedoch durchaus anders, insbesondere was die "Schnittmenge" der Ereignisse und die Schlussfolgerungen zu den Perspektiven der Widerstandsbewegung von arabischem Frühling und Occupy betrifft. Zwar sehen auch sie angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise hüben wie drüben Zukunftsängste als gemeinsame Triebfeder, aber keineswegs als die alleinige; sie diskutieren darüber hinaus auch die Enttäuschungen der Hoffnungen der Menschen auf ein sinnvolles Leben in einer menschlichen Gesellschaft und sehen in der weltweiten Rebellion dagegen den Beginn eines Lernprozes-12 Bielefeld, transcript, 191 Seiten, 18,80 €

¹⁰ Hamburg, Hamburger Edition, 255 Seiten, 12 €

Kraushaar untersucht natürlich nicht alle Schauplätze, sondern trifft eine Auswahl. So untersucht er für den Arabischen Frühling Tunesien und Ägypten, für die Occupy-Bewegung die USA, Spanien, Portugal, Israel und die Bundesrepublik Deutschland. Mit Chile und China berücksichtigt er zudem jeweils ein signifikantes lateinamerikanisches und ostasiatisches Land. Griechenland, England und Russland bleiben, weil als untypisch eingeschätzt, dezidiert unberücksichtigt, worüber man sicherlich streiten kann. Insbesondere Griechenland wäre unbedingt hinzuzunehmen gewesen, weil der dortige Aufruhr durchaus exemplarischen Charakter hat. Vgl. dazu auch die Ausführungen in DISS-Journal 22/2012.

ses. Der letzte Satz dieses Buches lautet denn auch: "Die Errungenschaft von Occupy liegt in der Besetzung der Option auf Zukunft." Auf die Räumung der meisten Zeltlager reagieren sie mit dem Slogan: eine Idee kann nicht einfach geräumt werden. Sie arbeiten überzeugend heraus, dass Occupy eine Vielzahl von Vorläufern hatte, auf deren Erfahrungen zurückgegriffen werden konnte und aus denen zukünftige Proteste und Rebellionen lernen können. Es wundert daher nicht, dass die Rebellionen mit einer Vielzahl sehr unterschiedlicher Probleme konfrontiert waren (und weiterhin sein werden), denn die Gründe für die Proteste vor Ort und die Widerstände dagegen sind außerordentlich vielfältig und deshalb sind dies auch die unterschiedlichen Formen des Protestes. Und trotz der daraus resultierenden Komplexität des Widerstandes zeichnet sich ein Gemeinsames ab: die Widerstände richten sich gegen gültige Wahrheiten, auch wenn sich diese hinter den unterschiedlichsten Verkleidungen verstecken. In diesen Widerständen artikuliert sich "ein universelles Verlangen nach Gerechtigkeit und Demokratie." (S. 97) Zu bedenken geben die Autoren jedoch, dass die Subjekte, die die Proteste tragen, selbst durch die neoliberal dominierten gesellschaftlichen Verhältnisse beschädigt sind und zudem, wenn sie ihre demokratischen Grundrechte beanspruchen, einer reaktionären Gewalt gegenüber stehen. Dies führe zu oft sehr widersprüchlichen Einsichten bei den Aktivisten von Occupy und es stelle sich die Frage, wie eine Handlungsfähigkeit zu entwickeln sei, "welche die komplexen Beziehungen zwischen der Systemhaftigkeit des Finanzkapitalismus und dem von Occupy angerufenen Individuum jenseits von fixierten Oppositionen" in sich aufnehmen kann. (S. 142)

An diesem Ort ihrer Überlegungen warten die Autoren mit dem Modell der "Nachträglichkeit" auf. "Das Denkmodell der Nachträglichkeit bricht nicht nur mit einer direkten Kausalität zwischen Ereignis und Bedeutungsgebung, sondern auch mit der Vorstellung einer linearen Abfolge an Zeit-Räumen. Für

die Einschätzung der Ausgangslage und Wirkung unseres politischen Handelns ist so ein multidimensionales Feld an Kräften einzubeziehen." (S. 143) Es geht um eine nachträgliche Bedeutungsgebung. Denn: "Jede Avantgarde-Bewegung verarbeitet immer auch Spuren früherer Bewegungen, während sie bereits die Saat für die Traumata der Nachkommenden legt." (ebd.)

Daher sei auch Occupy nicht mit einem Erfolg oder einem Scheitern abzuschließen. Vielmehr gelte es, die jeder Bewegung inhärente Widersprüchlichkeit aus den Rückbezügen und Vorgriffen auf ein unentwirrbares Geflecht an verlagerten Räumen und Zeiten zu verstehen. Auch die in sich selbst instabile Anordnung von Occupy zeitige somit affirmative wie subversive, destruktive wie produktive, ästhetische wie ethische Effekte. So gelte es, die Motive und Bedeutungen der Occupy-Bewegung nicht zu überschätzen, aber auch nicht zu unterschätzen. "Um wahren Widerstand gegen die Entfremdungspraxis des Kapitalismus leisten zu können, gilt es nicht nur, dagegen zu protestieren, sondern sich dem Zugriff durch das System zu entziehen und stattdessen gemeinschaftlich an einer Alternative zu bauen. ... Trotz aller Anstrengungen können wir der Tatsache nicht entkommen, dass wir immer auch selbst durch das System impliziert sind. Immer Schuldner und Schuldeneintreiber, Sklave und Meister zugleich, gibt es keine Lösung durch die Wahl richtiger Produkte oder optimaler Procedere." (S. 153) Occupy sei ein stets andauerndes Projekt, das immer aufs Neue begonnen werden müsse. Dazu bedürfe es des "Muts zur Wahrheit" (Foucault) und der Erfindung neuer Weltanschauungen. "Die Errungenschaft von Occupy liegt in der Besetzung der Option auf Zukunft." (S. 159) Damit ist die Diskussion eröffnet und keineswegs abgeschlossen. Einige Wegweiser gibt es allerdings. Ob sie richtungsweisend sind, muss geprüft wer-



Siegfried Jäger/ Jens Zimmermann, hg. in Zus. m. d. Diskurswerkstatt im DISS: Lexikon Kritische Diskursanalyse

Diskursanalyse Eine Werkzeugkiste Edition DISS Bd. 26 144 S., 16 €

Die Diskurswerkstatt im DISS hat ein Begriffslexikon zur Kritischen Diskursanalyse erarbeitet. Dieses Lexikon enthält über 200 Definitionen zentraler Begriffe, die sich letzen Endes auf die Arbeiten von Michel Foucault beziehen. Diskursanalyse (-theorie) im Allgemeinen und die Kritische Diskursanalyse im Besonderen gehören mittlerweile zum theoretischen und methodischen Kanon der geistes- und sozialwissenschaftlichen Forschung. Das Begriffslexikon will den aktuellen Stand der Kritischen Diskursanalyse (KDA) theoretisch, methodisch und begrifflich erfassen. Es präzisiert Begrifflichkeiten und bietet darüber hinaus als Nachschlagewerk Hilfestellungen für konkrete empirische Arbeiten sowie Anregungen für die weitere theoretische Diskussion.



Siegfried Jäger (Hg.)
Wie kritisch ist die
Kritische
Diskursanalyse?
Ansätze zu einer
Wende kritischer
Wissenschaft
Edition DISS Band
20, 272 S., 24 €

Können Diskurstheorie und Diskursanalyse dazu beitragen, neue politische Wege aufzuzeigen, wie globalen Fehlentwicklungen konkret gegenzusteuern ist? Reicht es, das scheinbar Selbstverständliche als fragwürdig und veränderungsbedürftig auszumachen, oder können Orientierungen aufgezeigt werden, wie praktische Gegenwehr möglich ist? Um diese Fragen zu beantworten, werden verschiedene Konzepte von Diskurstheorie und Diskursanalyse dargestellt und deren politischer Stellenwert anhand konkreter Untersuchungen beleuchtet. Mit diesem Buch werden die 2007 auf dem 20. Jahrescolloquium des DISS gehaltenen Vorträge und Diskussionen veröffentlicht, die um weitere Beiträge zum Thema ergänzt wurden.

Über rechte und linke Demokratieund Parteienkritik

Colin Crouch im Interview mit der Jungen Freiheit

Helmut Kellershohn



Colin Crouch (geb. 1944) ist Politikwissenschaftler und Soziologe an der University of Warwick und dort Leiter des Institute of Governance and Public Management. Er wurde 2004 schlagartig bekannt mit seiner Studie "Post-democracy", die 2008 im Suhrkamp Verlag in deutscher Übersetzung erschien. Kürzlich erschien, auch bei Suhrkamp, "Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus.

Demokratie- und Parteienkritik ist auf Seiten der extremen Rechten sehr beliebt.¹ Die Junge Freiheit (JF) z.B. beruft sich diesbezüglich gerne auf "Deutschlands renommiertesten Parteikritiker" Hans Herbert von Arnim, der sich des Öfteren als Autor und Interviewpartner zur Verfügung gestellt hat. "Der Wähler ist entmachtet" (JF 25/2009, 3), "Misstrauen gegen das Volk. Deutschland wählt - unter Ausschluß des Volkes" (JF 27/2010, 2) – diese Überschriften zu zwei Interviews mit v. Arnim signalisieren, dass es mit der Demokratie und der Parteienherrschaft nicht zum Besten bestellt zu sein scheint.

Interessanterweise gibt es hier Überschneidungen mit den Thesen Co-Crouchs zur Postdemokratie (Frankfurt/M. 2008). Die JF (Moritz Schwarz) befragt denn auch Crouch in einem Interview zu diesem "Zauberwort der europäischen Demokratiedebatte" (JF 03/2009, 3), das in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert ist. Erstens, weil sich Crouch möglicherweise des politischen Standorts der JF nicht bewusst ist; zweitens, weil er dennoch im Verlauf des Interviews die Fallen, die ihm Moritz Schwarz stellt, bemerkt und pariert, auch wenn er gegen Ende des Interviews ein wenig den Überblick verliert; drittens, weil die Art der Interviewführung deutlich macht, worauf rechte Demokratieund Parteienkritik abzielt, und viertens weil Crouch einige Eckpunkte linker Demokratie- und Parteienkritik formuliert.

Nach einem einleitenden Wortwechsel stellt Moritz Schwarz die Frage: "Ist die Postdemokratie also noch Demokratie?" Für Crouch führt die Frage in das Zentrum seiner Theorie:

"[...] Postdemokratie bedeutet nicht ,Nichtdemokratie. Sondern beschreibt [...] einen Zustand, in dem die Lebensenergie der Demokratie schwindet. Zwar werden noch Wahlen abgehalten, die auch dazu führen, dass Regierungen ihren Abschied nehmen müssen, doch wird die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark von konkurrierenden Teams professioneller PR-Berater kontrolliert, dass sie zu einem reinen Spektakel verkommt [...]. Die Mehrheit der Bürger spielt dabei eine passive, ja sogar apathische Rolle, sie reagieren nur auf Signale, die man ihnen gibt. Im Schatten dieser Inszenierung wird die reale Politik hinter verschlossenen Türen gemacht: von gewählten Regierungen und Eliten, die vor allem die Wirtschaft vertreten."

Crouch hebt also darauf ab, dass die Verselbständigung der politischen Klasse im Zusammenhang mit der Repräsentanz wirtschaftlicher Interessen zu sehen ist, was er hier nicht näher erläutert, sondern als gegeben nimmt. Schwarz ignoriert diesen Zusammenhang, fragt nicht

auf Ausführungen in dem demnächst im Unrast-Verlag erscheinenden Band Die Deutsche Stimme der Jungen Freiheit. Lesarten des völkischen Nationalismus. Dieser Band, der die Junge Freiheit mit der Deutschen Stimme vergleicht, ist das Ergebnis der kontinuierlichen Arbeit des Arbeitskreises Rechts im DISS. Er enthält Beiträge von Regina Wamper, Lenard Suermann, Michael Lausberg, Mark Haarfeldt, Paul Bey, Laurin M. Walter, Jens Zimmermann, Giesbert Hunold und Helmut Kellershohn.

nach und reagiert stattdessen mit einer resümierenden These: "Nicht das Volk, sondern Oligarchien entscheiden".

Eine weitere These Crouchs, wonach "die Demokratie stets nach Krisen am lebendigsten ist" und die Nachkriegszeit bis in die 60er Jahre hinein "zum Höhepunkt der Demokratie im 20. Jahrhundert" zu rechnen sei, gibt Schwarz die Gelegenheit zu einer ersten Attacke: "Unsere Gegenwart ist das Ergebnis der Umwälzung von 1968. Also wurzelt der von ihnen diagnostizierte postdemokratische Verfall in der Kulturrevolution der Linken?" Er insinuiert also, dass 1968 als Auslöser der Transformation der Demokratie zu betrachten sei. Crouch dagegen rechnet 1968 zur Hochphase der Demokratie, um dann auf der anderen Seite auf die Verkehrung der 68er Ideen durch den Neoliberalismus zu verweisen. Er spricht von einem "doppelte[n] Erbe von 1968":

"Auf der einen Seite sind da die großen gesellschaftlichen Veränderungen: etwa mehr Offenheit, weniger Autorität, und viele dieser positiven Entwicklungen haben sich bis heute fortgesetzt. [...] Aber es gab auch die Reaktion auf 1968: etwa auf dem Arbeitsmarkt, gegen die Macht der Gewerkschaften, gegen die Sozialpolitik, die von 1968 inspiriert war, und man kann auch den heutigen Trend zum Neoliberalismus, die moralischen Werte des Thatcherismus und der Reagonomics, als Teil dieser Gegenbewegung verstehen."

Moritz Schwarz stutzt ob dieser Antwort, weil Crouch seine [Schwarzens] Schuldzuweisung in Richtung einer Kritik des Neoliberalismus verschiebt. Er moniert: "Das beantwortet aber noch nicht die Frage."

Crouch antwortet, indem er aufzeigt, wie der Neoliberalismus die 68er Ideen aufgegriffen und – das ist für ihn der "springende Punkt" – transformiert, umgedeutet hat: Die neoliberale "Gegenbewegung" habe z.B. "die Befreiung von den Autoritäten in einen Ruf nach mehr Markt und weniger Aufsicht durch den Sozialstaat verwandelt hat. Oder indem sie das Verlangen nach gesellschaftlicher Offenheit und Transparenz in die Forderung nach offenen Märkten und un-

begrenztem Handel" umgemünzt habe. Und weiter: "Auf diese seltsame Weise ist1968 zu einem der Väter des Neoliberalismus von heute geworden. Und mit dem Neoliberalismus hängt auch die postdemokratische Schwächung der Demokratie zusammen, denn dieser zielt darauf ab, die Beantwortung und Regulierung von immer mehr gesellschaftlichen Fragen aus dem Bereich der Demokratie hinein in den Bereich des freien Marktes zu verschieben."

Schwarz stutzt erneut, erachtet die JF doch den freien Markt, wenn auch im Rahmen eines "Europas der Vaterländer" und nicht im Rahmen eines europäischen Bundesstaates und einer einheitlichen Währungsunion durchaus für erstrebenswert. Schwarz denkt an die wirtschaftsliberalen Freunde der JF. Folglich fragt er nach, ob Crouch nicht einem Irrtum unterliege: Statt "gekapert" worden zu sein, sei es nicht vielmehr so, dass das 68er Erbe "aus sich selbst heraus ganz folgerichtig zu dieser [postdemokratischen] Entwicklung geführt" habe?

Crouch widerspricht und verweist auf Feminismus und Umweltbewegung als positive Fortsetzungen der 68er-Bewegung. "Der Punkt ist, dass beide Bewegungen außerhalb der politischen Klasse formuliert wurden und doch zu erheblichem politischem politischem politischem Einfluß gelangten. Damit sind Beispiele für eine funktionierende Bürgerdemokratie, die allein den Verfall der Postdemokratie aufhalten könnte."

Schwarz will nicht verstehen und insistiert: "Trotz dieser Gegenbeispiele sehen Sie das postdemokratische Problem maßgeblich von der Linken verursacht." Das Interview gibt bislang keinen Grund für eine derartige Behauptung. Dann versucht Schwarz den Spieß umzudrehen, verleiten doch seine haltlose Behauptung und die Bemerkung Crouchs, Feminismus und Umweltbewegung seien "außerhalb der politischen Klasse" entstanden, zu der Frage, ob nicht vielmehr "die Rechte" die "volksdemokratische Opposition zum postdemokratischen Establishment" sei.

Crouch protestiert: "völliger Fehlschluß"! Zwar seien rechte Bewegungen erfolgreich "außerhalb des Establishment" entstanden und hätten die politische Klasse "erschüttert", aber es handle sich um Bewegungen "der rassistischen Populisten", die es zu "bekämpfen" gelte. Damit gibt Crouch zu verstehen, dass es nicht gleichgültig sei, vor welchem ideologischen Hintergrund postdemokratische Verhältnisse kritisiert werden. Schwarz stört sich nicht weiter am Rassismus-Vorwurf gegen rechtspopulistische Bewegungen, die publizistisch zu fördern ja gerade von der JF angestrebt wird. Vielmehr verweist er auf ein formales Argument, das die Spielregeln parlamentarischer Demokratien ins Feld fühlt, um Crouchs Theorie für die Rechte in Anspruch zu nehmen: "Berücksichtigt man die Meinungsumfragen, so hat die Politik der Etablierten etwa in den Bereichen Einwanderung, Globalisierung oder Ausweitung und Vertiefung der EU oft keine Mehrheit im Volk. Die einzigen, die hier mehrheitsfähige Positionen zu formulieren scheinen, sind die Rechten. Warum betrachten Sie also – gemäß ihrer eigenen Theorie - die Rechten nicht als den Ausdruck der Stimme des Volkes?"

An dieser Stelle verliert Crouch ein wenig die Kontrolle über das Interview, weil er seine Kritik am Rassismus rechtspopulistischer Parteien nicht weiter verfolgt, sondern stillschweigend hinnimmt, dass diese laut Schwarz "die Stimme des Volkes" repräsentierten eine Formulierung, die etwas anderes intendiert als der Verweis auf angebliche Mehrheitsverhältnisse, die im Übrigen bislang, sieht man vielleicht von Ungarn ab, in demokratischen Wahlen in Europa nicht abgebildet wurden. Zudem entgeht Crouch die logische Konsequenz der Frage: Wenn ,die Rechten' beanspruchen dürfen, "Stimme des Volkes" zu sein, und wenn die Postdemokratie, immerhin im Sinne von Crouch keine Diktatur, das Volk aus seiner Rolle als Souverän aushebelt, dann ergibt sich daraus die Schlussfolgerung, dass die gewohnten demokratische Regularien überflüssig sind. Dann bedarf es keiner Parteien, keiner Parlamentswahlen etc. Schwarz bringt hier also so ganz nebenbei Carl Schmitts Perspektive einer identitären

»Das hat doch nichts mit uns zu tun!«

Die Anschläge in Norwegen in deutschsprachigen Medien



Regina Wamper | Ekaterina Jadtschenko | Marc Jacobsen (Hg.)



Regina Wamper / Ekaterina Jadtschenko / Marc Jacobsen (Hg.)

"Das hat doch nichts mit uns zu tun!" Die Anschläge in Norwegen in deutschsprachigen Medien

edition DISS Band 30 Münster: Unrast ISBN 978-3-89771-759-6

178 S., 18 Euro

Zweifellos war die Berichterstattung über die Anschläge in Norwegen von 2011 für die journalistische Zunft eine große Herausforderung. Der Druck, Nachrichten zu produzieren, wissen zu müssen, was warum passiert und das am besten, bevor es jemand anders weiß, hatte sicherlich großen Einfluss auf die anfänglichen Deutungen der Tat als "islamistische Terroranschläge".

Die Autorinnen analysieren, wie dieses Ereignis in und von deutschen Medien eingeordnet wurde. Dabei werden besonders die Verschränkungen mit antimuslimischen Diskursen beachtet. Es zeigte sich, dass die Ereignisse in Norwegen die herrschenden Deutungsmuster nicht in Frage stellen konnten. Die Motive des Täters Anders Breivik wurden weitgehend in den Bereich des Pathologischen gerückt. Analysen zu den Reaktionen in extrem rechten und antimuslimischen Medien stellen heraus, wie sich Rechte mit den Morden solidarisierten oder distanzierten.

Mit Beiträgen von Jonas Bals, Martin Dietzsch, Sebastian Friedrich, Astrid Hanisch, Marc Jacobsen, Ekaterina Jadschenko, Margarete Jäger, Helmut Kellershohn, Sebastian Reinfeldt, Bernard Schmid, Hannah Schultes und Regina Wamper.

Demokratie, die bekanntlich in ein Plädoyer für ein plebiszitäres Präsidialsystem unter weitgehender Ausschaltung der Parteien mündet, in die Debatte. Crouch fällt das nicht auf, er beharrt auf folgender Alternative:

"Die Antwort auf die Krise der Postdemokratie kann nicht die extreme Rechte sein, sondern eine neue sozialiberale Politik. So ist zum Beispiel Ausländerfeindlichkeit keineswegs immer die populäre Option. Und es gibt andere politische Gruppen, die man wählen kann. Zu Zeiten des postdemokratischen Zerfalls des neoliberalen Modells sollte es schließlich um so einfacher sein, eine neue Mitte-Links-Politik zu machen." Was aber voraussetze, dass "neue linke, soziale, zivilgesellschaftliche Bewegungen diese Politik laut und vernehmlich fordern und vormachen".

Schwarz lässt sich von so viel Lob der Zivilgesellschaft nicht beeindrucken und kommt abschließend auf "Political Correctness" zu sprechen. Eine "unsichtbare Mauer" zwischen Politikern und Bürgern ziehe PC, sie sei das "Erbe von 1968". Crouch differenziert, hält z.B. rassistische Beleidigungen in der Tat für diskriminierungswürdig, fordert aber eine offene Sprache, wenn es um die Kritik der gesellschaftlichen Verhältnisse geht. Hier sieht Crouch Defizite auf Seiten der Linken, spricht gar davon, "daß es sich beim Problem der Political Correctness um eine deformierte linke Politik" handele. Diese sei "ein Einfallstor für die extreme Rechte", die sich als "einzige politische Kraft" darstellen könne, "die klare, unmißverständliche und kraftvolle politische Forderungen" stelle. Das sei ein Problem für die Linke, "denn sie wünscht sich ja ebenfalls Politiker, die eine klare Sprache sprechen - allerdings bezüglich des gesellschaftlichen Mißbrauchs durch die Privilegierten." Dann eine letzte, wichtige Abgrenzung, auf die Schwarz nicht mehr eingeht: "Die populistische Rechte dagegen benutzt eine klare Sprache bezüglich des gesellschaftlichen Missbrauchs durch die Unterprivilegierten. Es ist so leicht, die Schuld für alle große Probleme auf die Schultern machtloser Gruppen zu laden, doch das löst diese nicht."

Fazit

Es ist nicht besonders erstaunlich, dass in Zeitungen wie der JF oder der Deutschen Stimme, dem Parteiorgan der NPD, Colin Crouch mit Interesse zur Kenntnis genommen wird. Kritik am Zustand der heutigen Demokratie erfolgt einerseits aus einem speziellen Eigeninteresse, insofern die Möglichkeiten, sich politisch durchzusetzen und als politische Macht zu etablieren, gegenwärtig beschränkt sind - angefangen von der Ausgrenzung aus den hegemonialen Diskursen bis hin zur Verbotsdrohung im Falle der NPD. Andererseits ist die verbreitete Kritik an Demokratiedefiziten und Parteienherrschaft ein wichtiges Agitationsfeld, um grassierende Unzufriedenheit ("Politikverdrossenheit") in Zustimmung zu den eigenen politischen Positionen zu transformieren. Auf dieser Ebene lassen sich durchaus gewisse Gemeinsamkeiten mit einer Kritik von links feststellen. Wenn es z.B. heißt "Der Staat liest mit. Unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung und Strafverfolgung dehnt der Staat die Überwachung harmloser Bürger immer weiter aus", würde man nicht auf den ersten Blick erkennen können, dass dies eine Schlagzeile der JF ist. Auch von links gibt es bekanntlich die Kritik am Überwachungsstaat.

Es gilt also zu differenzieren. Im JF-Interview mit Crouch wird deutlich, dass die Differenz vor allem auf der Ebene der Ursachenanalyse und der Zielperspektive der Kritik zu suchen ist. Hier ist insbesondere der Bezug auf Carl Schmitt von Bedeutung.

Für Schmitt (Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus, im Folgenden zitiert nach der 2. Aufl. 1926) sind Diskussion und Öffentlichkeit die notwendigen Strukturmerkmale des Parlamentarismus, die er unter den Bedingungen der modernen Massendemokratie freilich nicht mehr gegeben sieht: "Die Lage des Parlamentarismus ist heute so kritisch, weil die Entwicklung der modernen Massendemokratie die argumentierende öffentliche Diskussion zu einer leeren Formalität gemacht hat." (10) Die Parteien seien nur Interessenorganisationen, die "Kompromisse und Koalitionen"

(11) schließen, aber keine Argumente im eigentlichen Sinne austauschen. Es zählt nur noch die "zielbewußte Berechnung der Interessen und Machtchancen" (ebd.). Schmitt misst die real existierende Demokratie am Ideal eines Parlaments, in dem die bürgerliche Klasse sozusagen unter sich ist und ihre Repräsentanten auf der Basis "gemeinsame[r] Überzeugungen", unabhängig von "parteimäßiger Bindung" und unbeeinflusst von "egoistischen Interessen" (9) miteinander diskutieren und bereit sind, sich rationalen Argumenten zu beugen. Dieser idealisierende Purismus - Kurt Lenk spricht von der "Methode der puristischen Überforderung" (Wie demokratisch ist der Parlamentarismus, Stuttgart u.a. 21974, 46) - ist also nichts anderes als der bürgerliche Klassenstandpunkt des 19. Jahrhunderts, dem aber auch jedes Mittel recht war, die Massenparteien der Arbeiterbewegung so weit wie möglich aus dem Parlament fernzuhalten.

Nachdem Schmitt die real existierende Demokratie der Weimarer Republik delegitimiert hat, lässt er im zweiten Schritt das Ideal fallen und denunziert es als liberale Idee, die im Prinzip mit Demokratie gar nichts zu tun habe. Es folgt die berühmte Formulierung: "Jede wirkliche Demokratie beruht darauf, dass nicht nur Gleiches gleich, sondern [...] das Nichtgleiche nicht gleich behandelt wird. Zur Demokratie gehört also notwendig erstens Homogenität und zweitens - nötigenfalls - die Ausscheidung oder Vernichtung des Heterogenen." (13f.) Schmitt lässt keinen Zweifel daran, dass mit Homogenität die nationale bzw. ethnische Homogenität gemeint ist. Auf dieser Basis definiert er Demokratie als "Identität von Regierenden und Regierten" (20). Wenn aber, so die Schlussfolgerung, die moderne Massendemokratie sowieso schon zur Entwertung des Parlamentarismus führt, dann lässt sich besagte Identität genauso gut oder sogar besser durch andere Formen der Repräsentanz zum Ausdruck bringen: "Wenn aus praktischen und technischen Gründen statt des Volkes Vertrauensleute des Volkes entscheiden, kann ja auch im Namen desselben Volkes ein einziger Vertrauensmann entscheiden, und die Argumentation würde, ohne aufzuhören

demokratisch zu sein, einen antiparlamentarischen Cäsarismus rechtfertigen." (42) Eine Diktatur wäre demzufolge kein Widerspruch zu einer Demokratie.

Colin Crouch lehnt natürlich eine

schmittistische Perspektive ab. Seine im traditionellen Sinne reformistischen und basisdemokratischen Vorschläge zielen in folgende Richtung. Erstens: Die entscheidende Ursache für die Entwicklung postdemokratischer Strukturen sieht er in der Konzentration ökonomischer und politischer Macht auf Seiten der großen Unternehmen und des globalen Finanzkapitalismus, ein Punkt, der im Interview nur am Rande thematisiert wird, weil Moritz Schwarz sich dafür nicht interessieren will. Sein Buch Postdemokratie fordert Regulierungen, die "die wachsende Dominanz der ökonomischen Eliten" (133) begrenzen, was für ihn im Übrigen auch erforderlich macht, ein europäisches Gegengewicht gegen den globalen Gesamtkapitalisten USA zu entwickeln. Zweitens: Crouch sperrt sich gegen eine überzogene Parteienkritik und eine Idealisierung nichtstaatlicher, zivilgesellschaftlicher Organisationen und Bewegungen, sondern plädiert für eine Kombination von Parteipolitik und dem Engagement in sozialen Bewegungen. "Parteien, die nicht von unabhängigen Initiativen angespornt werden, bleiben der postdemokratischen Welt der Unternehmenslobbys verhaftet; und Initiativen, die unabhängig von Parteien für ihre Anliegen kämpfen, müssen damit rechnen, daß die Lobbyisten der großen Unternehmen sie mühelos in den Schatten stellen." (142) Drittens prägt Crouch für dieses durchaus widerspruchsvolle Zusammenwirken das Bild eines "offenen Markt[es]" (153), auf dem Menschen und Gruppen (inner- und außerhalb der Parteien) ihre "Sorgen und Interessen" (152) artikulieren und mit den Parteien um deren Anerkennung ringen. Geschieht dies nicht, und hier wendet sich Crouch besonders an die Linke, könne also die Linke in wichtigen Fragen keine Identitätsangebote unterbreiten, erlaube dies der extremen Rechten, "die Initiative bei der Artikulation neuer Anliegen" (151) zu übernehmen.



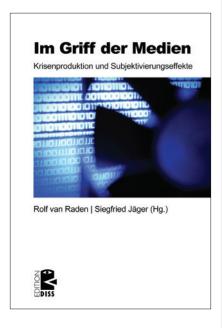
Regina Wamper / Helmut Kellershohn / Martin Dietzsch (Hg.)

Rechte Diskurspiraterien. Strategien der Aneignung linker Codes, Symbole und Aktionsformen

Edition DISS Band 28 ISBN 978-3-89771-757-2 288 S., 19.80 €

In den vergangenen Jahren ist ein verstärktes Bemühen auf Seiten der extremen Rechten zu beobachten, Themen, politische Strategien, Aktionsformen und ästhetische Ausdrucksmittel linker Bewegungen zu adaptieren und für ihren Kampf um die kulturelle Hegemonie zu nutzen. Solche Phänomene sind keineswegs neu. Auch der Nationalsozialismus bediente sich der Codes und Ästhetiken politischer Gegner und suchte Deutungskämpfe gerade verstärkt in die Themenfelder zu tragen, die als traditionell links besetzt galten. Auch in den 1970er Jahren waren solche Strategien vorhanden. Es stellt sich die Frage, warum und in welcher Form diese Diskurspiraterien heute wieder verstärkt auftreten.

Mit Beiträgen von Renate Bitzan, Martin Dietzsch, Richard Gebhardt, Siegfried Jäger, Christina Kaindl, Sabine Kebir, Helmut Kellershohn, Britta Michelkens, Christoph Schulz, Lenard Suermann, Fabian Virchow, Volker Weiß, Volkmar Woelk und Jens Zimmermann.



Rolf van Raden & Siegfried Jäger (Hg.) Im Griff der Medien. Krisenproduktion und Subjektivierungseffekte

edition DISS Band 29 Münster: Unrast 2011 ISBN 978-3-89771-758-9

240 S., 24 €

Gegenwärtige Medienkritik thematisiert nicht nur den Einfluss von Medien auf politisch-soziale Diskurse sowie umgekehrt den Einfluss dieser Diskurse auf die Medien. Darüber hinaus spielt das, was in Medien gesagt werden kann, eine wichtige Rolle für das Wissen der Menschen, für ihre Selbstbilder und ihre Handlungsspielräume - kurz: für das, was die Sozialwissenschaft als Subjektivierung bezeichnet. Namhafte Wissenschaftlerinnen und Journalisten untersuchen das schwierige Verhältnis von medialer Öffentlichkeit und Massenbewusstsein. Die Beiträge widmen sich nicht nur klassischen Nachrichtenmedien, sondern auch Jugendzeitschriften, Ratgeberliteratur, ikonografischen Darstellungen und Computerspielen.

Mit Beiträgen von Hannelore Bublitz, Sebastian Friedrich, Stefanie Girstmair, Katharina Hametner, Margarete Jäger, Siegfried Jäger, Gabriel Kuhn, Thomas Kunz, Jürgen Link, Jobst Paul, Tom Schimmek, Hannah Schultes, Jörg Senf, Hans Bickes/Eleni Butulussi/Tina Otten/ Janina Schendel/Amalia Sdroulia/Alexander Steinhof

Die Dynamik der Konstruktion von Differenz und Feindseligkeit am Beispiel der Finanzkrise Griechenland: Beim Geld hört die Freundschaft auf?

Kritisch-diskursanalytische Untersuchungen der Berichterstattung deutscher und griechischer Medien 2012 München: Iudicium-Verlag 237 S., 25 €



Beim Geld hört die Freundschaft auf

Rezension von Siegfried Jäger

Eine Arbeitsgruppe aus griechischen und deutschen Sprachwissenschaftler*innen* der Aristoteles-Universität Thessaloniki und der Leibniz-Universität Hannover hat mit Methoden der Kritischen Diskursanalyse die Medienberichterstattung zur griechischen Finanz- und Wirtschaftskrise in deutschen und griechischen Medien seit dem Frühjahr 2010 untersucht und auf einem Kongress in Thessaloniki vorgestellt. Der hier anzuzeigende Band enthält das kollektive Arbeitsergebnis und gibt somit vergleichende Einblicke in den medialen Diskurs zur Krise Griechenlands. Die untersuchten Printmedien waren BILD und BILD.de, Der Spiegel, Die Zeit, Focus, taz und taz.de sowie entsprechende griechische Medien.

Hervorzuheben ist die enorme Arbeitsleistung dieser ad hoc-Gruppe, die in kürzester Zeit diese wissenschaftlich fundierte Analyse erarbeitet hat, wobei sie sich auf unterschiedliche Ansätze Kritischer Diskursanalyse stützen konnte und zumindest in Ansätzen zeigt, wie aggressiv und hetzerisch die Medien in beiden Ländern auf die jeweils andere Seite einprügelten. Auch wenn die Diskurse jeweils nur anhand einzelner Artikel analysiert werden konnten, zeichnen die Analysen ein erschreckendes Bild neo-liberal orientierter feindseliger und verantwortungsloser Berichterstattung, die das hohe Gut von Presse- und Meinungsfreiheit mit Füßen tritt. Es ist zu wünschen, dass die griechisch-deutsche Arbeitsgruppe den weiteren Prozess der Finanz- und Wirtschaftskrise und deren (un)demokratische mediale-politische Fundierung weiterhin verfolgen kann.

Hinein ins Innerste mit der Bundeswehr - und ein Blick in die Zukunft

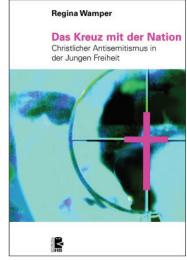
Ein Kommentar von Siegfried Jäger

Eigentlich ist schon alles dazu gesagt: Die Bundeswehr darf auch im Inneren eingesetzt werden - auch auf dem König-Heinrich-Platz in München, in Duisburg oder anderswo! Aber nur im äußersten Notfall.¹ Wenn die Polizei es nicht schafft. Wie bei Fluten, wenn die Flüsse über die Ufer treten. Schöne Bilder, schöne Kollektivsymbole, die das Schlimmste fürchten machen. Wie war das noch in den 1990er Jahren, als deutsche Soldaten noch nicht an den Hindukusch durften? Der damalige Verteidigungsminister nahm das GG noch ernst, damals: Die deutsche Bundes-Wehr-Macht durfte nur eins: Deutsche Lande verteidigen, wie das Gesetz es befahl. Und natürlich ein bisschen marschieren. Denn, so Verteidigungsminister Rühe 1992 im Spiegel, die Deutschen sind noch nicht so weit. Doch Geduld! Als gelernter Diskursstratege weiß ich (also Rühe), so etwas braucht Zeit. Schritt für Schritt; bloß nicht mit der Waffe ins Haus fallen. Das bisschen Blauhelme haben wir ja schon, was ja auch nicht leicht war. Das aufkommende Gemeckere der ewigen Bedenkenträger ist schon im Sack. Den Rest werden wir, mit Unterstützung unserer Medien, schon noch hinkriegen. Irak, Afghanistan, na ja! Da reden wir erst mal nicht drüber. Aber die Aussichten sind prima: Die Taliban, unsere Verantwortung, die Frauen, die Kinder, die Terroristen - nun ja, eben Schritt für Schritt für Schritt. Den Diskurs nur nicht abbrechen lassen. Nichts übers Knie brechen. Und die Toten? Auch kein Problem. Das machen wir wie immer schon: Dulce et decorum est pro patria mori, mit Trauerfeier und Foto. Und zu Hause im Lehnstuhl weiterträumend: Wenn wir dann so weit sind und kein Land der Welt mehr auf uns verzichten kann, dann haben wir ja auch noch uns selbst: Deutschland. Die Polizei ist ja jetzt schon überfordert - bei dem Verkehr, den sie regeln muss, und der immer mehr wird. Schaut doch mal nach New York oder Tel Aviv oder nach Griechenland oder nach Tunesien und Kairo und und und. Da winkt doch Arbeit für unsere Jungs. Und man kann ja nie wissen, wie lange die braven Deutschen noch brav sind. BILD ist ja auch nicht mehr, was sie war und Angela auch nicht, diese Kapital-Demokratin mit dem sozialen Spleen. Da müssen wir bereit sein und uns auf das Schlimmste vorbereiten, und das Schlimmste ist das Volk. Das hat ja auch Honnecker zu spüren bekommen. Wo kommen wir denn hin, wenn alle meinen, sie sind das Volk und wollen herrschen. Demokratie? Na klar, aber eine, die ruhig bleibt und nicht muckt. Also: Demonstrieren können sie ja, diese Blöd-Volksfanatiker, jedenfalls ein bisschen und mit Sinn und Verstand. Doch wer weiß, wie lange das hält. Die halten ja jetzt schon das Maul, und das ist sehr verdächtig. Was passiert, wenn alle das tun? Die schweigen uns womöglich kaputt oder rufen gar: keine Gewalt! Darauf müssen wir vorbereitet sein. Wo kämen wir denn hin? Deshalb: Üben, üben, üben! Natürlich sachte, mal die Knüppel zeigen und ein paar andere Instrumente, auch mal ein paar Leute erschlagen, nur so zur Abschreckung. Und wenn das nicht reicht, dann lassen wir uns noch was anderes einfallen: Das Schweigen verbieten! Denn wer schweigt, der denkt womöglich. Und das kann ganz gefährlich werden, weil: Schweigen ist Gold, das wissen wir ja, und Reden ist nur Blech. Und Gewalt ist ja wirklich schlecht, die Gewalt der Schweigenden. Da müssten wir vielleicht ein paar Drohnen haben, die überall hin gucken können und jeden Schweiger sofort erkennen und verhaften können, zur Not mit einer oder ein paar Raketen, die ja keine Verantwortung haben für das Töten, das ja unvermeidlich sein kann, so Gott will und zu dem ich bete. Sag mir keiner, ich träume; ich bin schließlich Realist: Schritt für Schritt für Schritt. Also Marsch!



K. Holz / H. Kauffmann / J. Paul (Hg.) **Die Verneinung des Judentums** Edition DISS Band 22, 184 S., 22 €

Der Band umfasst eingehende Analysen antisemitischer Positionierungen auf den Diskursebenen der Medien, der Politik, der Wissenschaft, der Religion und des Alltags. Thematisiert wird die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und dessen gegenwärtige Wiederbelebung im Islamismus.



Regina Wamper

Das Kreuz mit der Nation. Christlicher Antisemitismus in der Jungen Freiheit Edition DISS Band 18 208 S., 22 €

Religion und Glaube spielen in der Wochenzeitung *Junge Freiheit* eine zentrale Rolle. Dadurch werden Bilder von Juden und Judentum vermittelt, die längst vergessen schienen. Sie belegen, dass Antijudaismus eine immer noch aktuelle Form der Judenfeindschaft ist. Die diskursanalytische Studie untersucht die zentralen Themen dieser Diskurse.

¹ Beim Ausnahmezustand? Und wer ruft ihn wann aus?



Semra Çelik **Grenzen und Grenzgänger** Diskursive Positionierungen im Kontext türkischer Einwanderung Edition DISS Bd. 12 288 S., 20 €

Die diskursanalytische Untersuchung arbeitet heraus, welche nationalen Selbstund Fremdbilder türkische Migrantinnen in Deutschland wahrnehmen und wie sie sich anhand dieser "ethnisch" positionieren. Dabei zeigt sich u.a., dass sie im Zusammenspiel von Begrenzung und Wahlfreiheit die ihnen diskursiv zugeschriebenen 'türkischen' Identitäten (re-) produzieren.



Gerda Heck
"Illegale Einwanderung"
Eine umkämpfte Konstruktion in
Deutschland und den USA
Edition DISS Bd. 17
280 S., 24 €

Obwohl die staatliche Seite Einwanderung mittels Kontrolle zu unterbinden versucht, produziert diese Kontrolle genau das, was sie eigentlich verhindern soll: den ."illegalen Einwanderer". Im Mittelpunkt dieser Studie stehen die verschiedenen Akteure, die in das Migrationsgeschehen und die Debatte eingreifen.

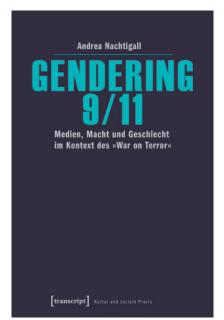
Das andere Gefecht - vergeschlechtlichte Machtverhältnisse nach 9/11

Eine Rezension von Torsten Bewernitz

Geschlechterverhältnisse und Krieg - die Untersuchung der Überschneidungen dieser beiden Diskursstränge hat mittlerweile eine wissenschaftliche Tradition, die in den dynamischen Wechselwirkungen zwischen neuen sozialen Bewegungen - hier: Feminismus und Friedensbewegung - und kritischer Wissenschaft wurzelt. Die frühen Forschungen der 1970er und 1980er Jahre waren dabei oftmals noch von einem Standpunkt- oder Differenzfeminismus beeinflusst, der einseitige Bilder der friedfertigen Frau und des gewalttätigen Mannes wie auch ein geschlechtlich konnotiertes Täter-Opfer-Verhältnis reproduzierte. Der Einfluss poststrukturalistischer Theorien und Methoden, darunter auch der Diskursanalyse, hat dieses Manko tendenziell aufgelöst. Eines der jüngsten und erfrischensten Beispiele einer solchen Untersuchung ist die Studie von Andrea Nachtigall, die unter dem Titel "Gendering 9/11. Medien, Macht und Geschlecht im Kontext des 'War on Terror" im transcript-Verlag erschienen ist.

Einige der Ergebnisse ihrer Untersuchung sind kaum überraschend, sondern waren durchaus zu erwarten. Der diskursive Konflikt einer hypermaskulinisierten, militaristischen USA und eines weniger militärischen - nichtsdestotrotz nicht weniger männlichen - "alten Europa" und insbesondere Deutschlands setzt sich wie schon im Kosovo-Konflikt fort (405-407). Die Männlichkeit des friedlich aber wehrhaft gedachten Europas (und insbesondere Deutschlands) kann sich in Abgrenzung zu einem feminisierten, vermeintlich irrationalen Pazifismus, erneut insbesondere personalisiert in der Partei-Basis der Grünen, entfalten und fröhliche Urstände feiern (181-11; 395). Die hegemonialen Männlichkeiten im Militär ändern sich zwar tendenziell, aber sie bleiben Männlichkeiten. Hier ist aber in der Tat ein Unterschied zu der Medienberichterstattung während des Kosovo-Krieges zu erkennen: War der 'deutsche Soldat' hier noch allgemein sehr unmilitärisch und damit auch weniger vermännlicht dargestellt (in Figuren eines "großen Kumpel-Bruders" oder eines "Zivildienstleistenden in Flecktarn"), differenziert sich diese Figur nun aus: Die Figur bleibt zwar erhalten, ein deutliches patriarchaleres und militaristisches Pendant wird ihm jedoch mit den "Profis" des KSK (Kommando Spezialkräfte) zur Seite gestellt (211-234). Eine ähnliche Verschiebung lässt sich bzgl. der sich bereits während des Kosovo-Kriegs anbahnenden medialen Ablehnung eines "Multikulturalismus" diagnostizieren: Wurde im Kosovo-Krieg noch argumentiert, das titoistische Jugoslawien sei ein "Völkergefängnis" gewesen, dessen Auseinanderbrechen ein Beweis für die Unmöglichkeit des Multikulturalismus aufgrund einer vermeintlich menschlichen Natur sei - ein Argument, das dann auf die innenpolitische Problematik in Deutschland übertragen wurde - so ist nun der Begriff des Volkes oder auch verschiedener Völker vollkommen untergegangen im Konstrukt des Islamisten (311-333): Multikulturalismus ist nun nicht mehr nur nicht möglich, sondern ist zur Bedrohung geworden. Aus der vielzitierten "Ethnisierung des Sozialen" ist nun eine (mediale) "Muslimifizierung" (410) des Sozialen (oder auch des 'Ethnischen') geworden.

Das bahnbrechend Neue in Nachtigalls Arbeit ist die Analyse des "Feindes", der vermeintlichen "Terroristen", meist als muslimische Fundamentalisten gekennzeichnet, in sich aber immer noch sehr unterschiedlich konnotiert: Während das Geschlechterensemble der Internationalen Beziehungen (Elshtain), an dem sich Nachtigalls Untersuchung orientiert, zwar mehr Abstufungen als lediglich eine zweigeschlechtliche Norm braucht (aber dennoch in dieser verhaftet bleibt), bricht ausgerechnet dieses



Andrea Nachtigall Gendering 9/11. Medien, Macht und Geschlecht im Kontext des "War on Terror".

2012: Bielefeld: transcript Verlag 474 S., 34,80 €

Feindbild die Geschlechterdualität auf: "Feminisierung und (Hyper-)Maskulinisierung fallen zusammen" (400).

Das ist fatal, denn das geschlechtlich und sexuell 'Andere' und Uneindeutige, das "Monströse", wie Nachtigall in Anschluss an Jasbir K. Puar und Amit S. Rai formuliert, wird mit dem "Bösen" schlechthin assoziiert. Obwohl sich die westliche Welt in ihren öffentlichen Darstellungen als offen und tolerant, nicht nur als geschlechtergerecht und emanzipiert, sondern auch als Homosexualität und Androgynität tolerierend (oder akzeptierend) präsentiert (411f.), sind diese androgynen und hybriden Eigenschaften das, was den Feind ausmacht, was ihn fremd und bedrohlich erscheinen lässt. Das offenbart eine diskursive Tiefenstruktur, die feststellen lässt, dass oberflächliche Verlautbarungen über die Toleranz bei weitem noch keine Gesellschaft diagnostizieren lassen, die über eine geschlechtliche Ungleichbehandlung hinweg wäre. Das geschlechtlich Uneindeutige ist das "ganz andere", das ausschließlich bedrohlich wirkt. Wir finden hier ein tiefenpsychologisches Argument der Homophobie wieder: Der "Schwule" ist deswegen für den heteronormativen Mann bedrohlich, weil er nach außen als Mann erscheint, aber eigentlich keiner sei. So ist der Schläfer von außen nicht vom Mitbürger zu unterscheiden und gerade seine Unscheinbarkeit, seine Angepasstheit, lässt ihn zur vermeintlichen Bedrohung werden (252-256).

Womit wir erneut das diskursive Element der Ablehnung eines "Multikulturalismus" vor uns haben und, darüber hinaus einen weiteren wesentlichen Kern der Diskurse um 9/11 berühren: Das Sicherheitsdispositiv. Der gesamte vergeschlechtlichte Diskurs um 9/11 dreht sich um Unsicherheit und das Bedürfnis nach Sicherheit (412-420). Gerade dieser zentrale Aspekt macht deutlich, dass es sich bei einer Analyse der Gender-Ebene von 9/11 und dem "Krieg gegen den Terror" eben nicht um eine weitere Analyse eines Details handelt, sondern dass die Darstellung von Geschlecht unmittelbar, sehr deutlich und zentral in das Geschehen eingeschrieben ist. Andrea Nachtigall kann dies hervorheben, indem sie die Verstrickungen mit dem Orientalismus und mit den Nationalismen, die den Diskurs ebenso prägen, nachweist. Damit ist ein zentrales Argument für die Notwendigkeit intersektionaler wissenschaftlicher Arbeit genannt: Rassismen, Sexismen, Nationalismen sind dermaßen miteinander verstrickt, dass die Analyse nur eines dieser Aspekte den Diskurs nur ungenügend abgebildet hätte. Während zahlreiche jüngere Arbeiten zu diesem Thema - manchmal auch dann, wenn sie sich als intersektional bezeichnen - lediglich diese Aspekte aneinanderreihen, weist Nachtigall die Zusammenhänge auf und kann so das Kuddelmuddel entwirren - ausgehend von Geschlechterverhältnissen, aber richtigerweise darüber weit hinausgehend. Insofern ist die Arbeit von Andrea Nachtigall nicht nur thematisch von großem Interesse, sondern auch methodisch zukunftsweisend.

Torsten Bewernitz ist Politikwissenschaftler. Er promovierte über die Darstellung von Krieg und Geschlecht in den deutschen Printmedien während des Kosovo-Kriegs.



Rolf van Raden

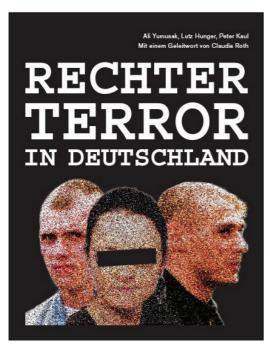
Patient Massenmörder

Der Fall Ernst Wagner und die biopolitischen Diskurse Edition DISS Band 25 Münster: Unrast. $184 \, \text{S.}, 24 \, \in$

Hirnforschung, RAF, Amokläufe in Schulen - in der Auseinandersetzung über solche Themen spielt bis heute ein Mordfall eine Rolle, der sich vor einem Jahrhundert ereignete. Der schwäbische Lehrer Ernst August Wagner tötete 1913 seine fünfköpfige Familie und neun weitere Menschen. Bis 1938 fristete er sein Leben in einer psychiatrischen Anstalt. Immer wieder sagte er: Er bedauere nicht, seine Kinder getötet zu haben, da sein ganzes Geschlecht entartet sei. Hier traf sich die Rede des Mörders mit der seines Arztes. Robert Gaupp entwickelte an dem Fall die Lehre von der echten Paranoia. Parallel dazu forderte der angesehene Mediziner Eugenik, Rassenhygiene, Zwangssterilisation und schon 1920 die "Vernichtung lebensunwerten Lebens". Die Studie untersucht das Geflecht biopolitischer Diskurse, in dem sich der Mörder und sein Arzt gemeinsam bewegten. Erstmals werden die den Fall bis heute begleitenden Schriftdokumente aus Presse, Politik und Wissenschaft erfasst und kritisch kommentiert.

Die Neonazi-Mordserie als Rassismus der Mitte

Von Thomas Schwarz



Ali Yumusak / Lutz Hunger / Peter Kaul Rechter Terror in Deutschland. Die Neonazi-Mordserie Zweite Auflage, mit einem Geleitwort von Claudia Roth.2012 Berlin: Teia, 223 S., 9,95 €.

Ein Team von Autoren um den Berliner Verleger Lutz Hunger hat mit diesem Buch in zweiter Auflage eine kompakte Handreichung für all diejenigen vorgelegt, die sich über die Mordserie der Neonazi-Gruppe "Nationalsozialistischer Untergrund" (NSU) informieren wollen. Sie enthält Kurzportraits der mutmaßlichen Täter Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos, aber auch von Beate Zschäpe und weiteren Unterstützern des Kerntrios. Eine Zeittafel rekonstruiert die Chronologie der Ereignisse seit Januar 1998 (202ff.).

Zahlreiche Dokumente haben Eingang in den Band gefunden, darunter auch die Rede von Angela Merkel im Februar 2012 anlässlich der zentralen Gedenkfeier für die Opfer. In ihr bittet die Kanzlerin die Angehörigen um Verzeihung, weil die Ermittler sie fälschlich verdächtigt haben (55-62). Die orientalistischen Szenographien, mit denen sich diese die Motive der Täter zurechtgelegt hatten, reichten von 'Familienfehde' und 'Ehrenmord' bis 'Drogenmafia' und 'Menschenhandel'. Dokumentiert ist auch die Rede von Semiya Simsek,

der Tochter des ersten Opfers. Sie erklärt, dass ihre Familie mit dem bedrückenden Verdacht zu leben hatte, einer aus ihrer Mitte sei der Täter und der Vater sei ein krimineller Drogenhändler (63f.). Die Rede von den "Döner-Morden", mit der die Verbrechen einem türkischen Milieu untergeschoben werden sollte, avancierte zum Unwort des Jahres 2011 (vgl. 22). Das Buch sammelt nicht nur Reaktionen aus Politikerkreisen (66ff), die Autoren haben darüber hinaus auch einen umfangreichen Pressespiegel zusammengestellt, der neben der nationalen auch die internationale Presse auswertet, insbesondere die türkische (72-93). Dort wendet sich zum Beispiel die Zeitung Zaman gegen einen Vergleich von Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich, der den Kampf gegen den Rassismus und gegen den "islamischen Terror" in eine Reihe gestellt hatte. Zaman stellte sich hinter den türkischen Außenminister Ahmet Davutoglu, der sich gegen Friedrichs Äußerung verwahrte und ihr entgegensetzte, dass er die "Neonazi-Morde auch nicht ,christlichen Terror" nenne (87).

Das Massenblatt Sabah fragt mit einem Verweis auf entsprechende Äußerungen des stellvertretenden türkischen Ministerpräsidenten Bekir Bozdag, ob die NSU-Mörder von staatlichen Stellen beschützt worden seien (90). Die auflagenstarke Hürriyet skandalisiert, dass das Bundeskriminalamt angeblich Ermittlungsdaten gelöscht habe (91).

Die rassistische Gewalt im Kontext

Breiten Raum räumt der Band der aktualhistorischen Kontextualisierung der Mordserie ein. Ein Beitrag von Aslan Erkol und Nora Winter rekapituliert die Geschichte neorassistisch motivierter Gewalttaten seit Beginn der 90er Jahre (94ff.). Das Buch lässt den Mord an Amadeu Antonio im November 1990 in Eberswalde, den Brandanschlag auf das Asylbewerberwohnheim in Hoyerswerda im September 1991 und die pogromartigen Ausschreitungen gegen Asylbewerber von Rostock-Lichtenhagen im August 1992 Revue passieren (98-106). Es folgt ein Abschnitt zum

Brandanschlag im schleswig-holsteinischen Mölln im November 1992, dem in zwei von türkischen Familien bewohnten Häusern drei Bewohner zum Opfer gefallen sind (107ff.). Beim nächsten Brandanschlag, der dem Muster von Mölln folgte, starben Ende Mai im nordrhein-westfälischen Solingen fünf Menschen, kurz nachdem der Bundestag das Asylrecht verschärft hatte (108ff.). Der Anhang zum Buch listet namentlich 182 Todesopfer rechtsradikaler Gewalt auf (174-201), während das Bundesinnenministerium nur 58 Tote angibt (96).

Simone Rafael geht in ihrem Beitrag zur Frage, wie viele Nazis es in Deutschland gebe, von einer Zahl von 25000 aus. Unter diesen gelten 9500 als gewaltbereit (136). Die Autoren des Bandes erklären auch, wie sich 5600 Neonazis in "Kameradschaften" vernetzen. Der "Thüringer Heimatschutz", zu dem das Terrortrio organisatorische Verbindungen unterhalten hat, fungiert für solche Gruppen als eine Art Dachverband (122ff.). Diskutieren ließe sich die Vermutung, dass ein "Machtvakuum", die "fehlende Unterdrückung der alten Machthaber in der DDR" in den "neuen Bundesländern" im Zusammenhang mit der Erfahrung des Verlusts von Arbeitsplätzen und Polikliniken zu einer rassistischen Radikalisierung der Szene beigetragen haben. Als entscheidender Faktor könnte der nationale Taumel im Gefolge der Wiedervereinigung gewirkt haben (125f.).

Die Autoren des Bandes gehen von der Annahme aus, dass der "Rassismus der Mitte" das Problem sei, dass also die "rassistischen Diskurse aus der Mitte der Gesellschaft" kommen (145, 148). Nimmt man diese These, die auf Ausführungen von Seymour Martin Lipset zurückgeht, ernst, dann wären die Neonazis Extremisten, die bürgerliche Vorstellungen einer deutschen Normalität radikalisieren. Für die Neonazis, die außerhalb des Systems als seine entschiedensten Wächter agieren, scheinen integrierte Ausländer die schlimmsten Feinde zu sein. Symptomatisch ist, dass sie auch Obdachlose töten. Sie brechen das staatliche Gewaltmonopol, weil sie offenbar glauben, dass dessen Repräsentanten ihrer Arbeit nicht konsequent nachgehen. Schließlich geraten auf ihre Todesliste sogar die offiziellen Grenzwächter selbst, die aus der Sicht der Nazis bei der Sicherung der deutschen Matrix versagen. Das Fatale ist, dass die Neonazis die bürgerliche Gesellschaft in ihrer ideologischen Verblendung dann nicht einfach falsch sehen, sondern sie im Gegenteil ganz richtig als potentiellen Bündnispartner ihrer Umtriebe wahrnehmen. So betrachtet, könnte ein Neonazi widerspruchsfrei zum Doppelagenten werden, dessen Name auch auf der Gehaltsliste des Verfassungsschutzes steht.

Eine Verschwörung auf der Ebene der Ermittlungen?

Leider versteigen sich die Verfasser des Buches in eine äußerst fragwürdige Verschwörungstheorie. Sie nehmen an, dass jeder Mord, den der NSU verübt hat, an einem für die Neonazis symbolträchtigen Tag und Ort begangen worden sei. Auf diese Weise hätten sie eine Art Bekennerschreiben hinterlassen, das darauf hinweist, dass die Täter aus der Neonazi-Szene stammen. Das erste Opfer beispielsweise, der Blumenhändler Enver Simsek, war am 9. September 2000 getötet worden. Die Mörder hätten den Tag bewusst gewählt, um an das 86 Jahre zuvor von Reichskanzler Bethmann-Hollweg verkündete Programm der deutschen Kriegsziele im Ersten Weltkrieg zu erinnern. Nürnberg hätten sie sich als Tatort wegen seiner historischen Bedeutung als der "Stadt der Reichsparteitage" ausgesucht. Die acht Schüsse auf den türkischen Händler verwiesen auf den achten Buchstaben des Alphabets, H wie Hitler (42). Der Mord an dem Kioskbesitzer Mehmet Kubasik fand am 4. April 2006 in Dortmund statt. Die Stadt habe als Standort des größten Gestapo-Gefängnisses der Nazi-Diktatur gedient. Und am 4. April 1944 habe ein gewisser Ernst Kutscher eine antisemitische Rede gehalten, der es in der Bundesrepublik dann zum Karrierediplomaten bringen sollte (18). Da Deutschland zwischen 1933 und 1945 flächendeckend Schauplatz von Reden und Taten des Nazi-Regimes war, kann auch jeder einzelne Tag dieser zwölf Jahre symbolisch aufgeladen werden. Diese Methode erklärt jedoch wenig. Eine ganze Reihe der Daten und Fakten, die im Buch als spezifische Nazi-Chiffren eruiert worden sind, dürfte selbst spezialisierten Historikern nicht geläufig sein. Sie sind in Neonazi-Kreisen wohl kaum hinreichend bekannt, um dort signalisieren zu können, dass bestimmte kriminelle Machenschaften auf das Konto von Tätern aus ihrem Milieu gehen.

Claudia Roth, die Bundesvorsitzende der Grünen, stellt in ihrem Geleitwort zur zweiten Auflage nicht die Frage, ob es eine "schützende Hand im Hintergrund" gebe, sondern wem sie gehöre (8). Kritisch beleuchtet das Buch der Autoren Hunger, Yumusak und Kaul in diesem Sinn die polizeilichen Ermittlungen. Es bemüht sich um eine Rekonstruktion des Umfeldes der mutmaßlichen Unterstützer und den Verbindungen der Neonazis zu Organen des Verfassungsschutzes. Der Mann, der dem Trio die Mordwaffe besorgt hatte, war phasenweise als V-Mann für den brandenburgischen Verfassungsschutz tätig (39). Eine dritte Auflage des Buches wird die Ereignisse im Licht der Erkenntnisse beleuchten müssen, die unter anderem auch der Untersuchungsausschuss des Bundestags unter der Leitung des sozialdemokratischen Abgeordneten Sebastian Edathy erarbeitet. Im Zusammenhang mit einem Unterlassungsbegehren musste der Teia-Verlag die aktuelle Auflage des Buches an verschiedenen Stellen schwärzen. Die Autoren hatten eine Darstellung der BILD-Zeitung bezüglich einer vermuteten Löschung von Daten eines Beschuldigten-Handys bei der Bundespolizei übernommen, die BILD später zurückziehen musste.

Thomas Schwarz war als DAAD-Lektor in Südkorea und Indien tätig. Arbeitsgebiete: Exotismus, Kolonialismus, postkoloniale Kritik.

Antikapitalismus von rechts?

Wirtschafts- und sozialpolitische Positionen der NPD

Eine Rezension von Michael Lausberg



Hendrik Puls: Antikapitalismus von rechts?
Wirtschafts- und sozialpolitische Positionen der NPD. 2012 Münster:
Edition Assemblage, Studien zur extremen Rechten, Band 1, 142 S.,
16,80 €

In den ersten Jahren nach ihrer Gründung im Jahre 1964 war die NPD eine besitzbürgerliche, antikommunistische und christliche Partei, die den "Schutz des Eigentums" propagierte. Nach der Ernennung Udo Voigts zum neuen Vorsitzenden 1996 wurde die "soziale Frage" in den Vordergrund gerückt. Scheinbar antikapitalistische Positionen gerieten in den Mittelpunkt.

Nur wenige Wochen nach dem Amtsantritt Voigts starteten die NPD und ihre Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) eine Kampagne "Gegen System und Kapital, unser Kampf ist national!" Seitdem spielen wirtschafts- und sozialpolitische Themenfelder bei der NPD eine zentrale Rolle.

Der Soziologe Hendrik Puls untersucht in seinem Buch anhand einer Inhaltsanalyse der Deutschen Stimme (DS) der letzten 12 Jahre die wirtschafts- und sozialpolitischen Einstellungen der NPD. Dabei geht es besonders um die Frage, ob die NPD einen "Antikapitalismus von rechts" entwickelt hat.

Im Jahre 2006 starteten die JN gemeinsam mit den neonazistischen "Freien Kameradschaften" die Kampagne "Antikapitalismus von rechts", in der die "vorherrschende Zinswirtschaft des Kapitalismus" als "Grundübel" gesehen wurde. Zwei Jahre später stellte einer ihrer Vordenker, Jürgen Gansel, fest: "Die soziale Frage ist das politische Schlachtfeld, auf dem sich die Zukunft der nationalen Opposition und damit des deutschen Volkes entscheidet."1

Die NPD orientiert sich bei der Bestimmung ihrer wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellung sowohl an Vertretern der nationalsozialistischen Bewegung wie dem Wirtschaftstheoretiker Gottfried Feder sowie an Gregor und Otto Strasser und an Protagonisten der antidemokratischen "Konservativen Revolution" in der Weimarer Republik. Unter Bezugnahme auf den Staatsrechtler Carl Schmitt äußert Gansel:

"Die Ethnisierung des Sozialen (wir Deutsche oder die Fremden) ist eine Aktualisierung und sozialpolitische Durchformung von Carl Schmitts Freund-Feind-Unterscheidung als Essenz des Politischen – und eben auch als Essenz des Sozialstaatsprinzips. In diesem Sinne lauten die Gegensatzpaare: Sozialstaat oder Einwanderungsstaat, solidarische Wir-Gemeinschaft oder materialistische Ich-Gesellschaft, staatszentrierter Nationalverband oder marktzentrierte Weltzivilisation."²

¹ Gansel, Jürgen: Die Schutzmacht der kleinen Leute. Die sächsische NPD zeigt, welche Erfolge die Nationalisierung der sozialen Frage bringt, in: DS 8/2008, S. 13.

² Gansel, Jürgen: Der Abschied der Linken von der sozialen Frage. Der Nationalismus wird die Schutzmacht der kleinen Leute, in: DS 12/2006, S. 19.

Antisemitische Verschwörungstheorien beanspruchen einen zentralen Platz bei der Kritik des kapitalistischen Systems. Die "Ostküste" der USA dient als Synonym für das Zentrum des weltweiten Finanzkapitals, das als "jüdisch-nomadisch und ortlos" charakterisiert wird. (64) In der DS wird die globalisierte Weltwirtschaft als krisenhaftes Gebilde gesehen, das die "Völker" zwangsläufig zerstören würde. Einem "wertschaffenden" nationalen Unternehmertum steht ein "raffendes" globalisiertes Finanzkapital gegenüber, das die Nationen aufgrund der Zinsknechtschaft in ihrer Existenz gefährde. (59) Der Globalisierung und Internationalisierung der Weltwirtschaft stellt die NPD ihr wirtschaftspolitisches Programm der raumorientierten Volkswirtschaft gegenüber. Laut diesem Programm solle die BRD ihre Wirtschaft durch Zölle von der Weltwirtschaft abkoppeln; stattdessen werde die Orientierung auf Binnenmärkte gelegt. Puls bemerkt:

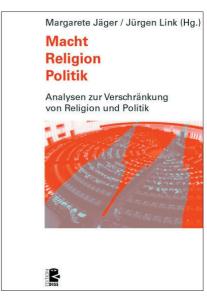
"Es (das Konzept der raumorientierten Volkswirtschaft, M.L.) vereint Forderungen nach Regionalisierung, Abschottung und Autarkie der Wirtschaft mit den völkisch-rassistischen Theoremen von 'gewachsenen Lebensräumen', 'Völkern' und 'sozio-kulturellen Gemeinschaften'. Eine Exportorientierung wird abgelehnt, denn das sei 'ökonomisches 'Rauschgift', das zur 'Strukturverarmung und Verwahrlosung' der Wirtschaft führe." (93)

Diese rigide Ablehnung der Moderne ähnelt den antikapitalistischen Vorstellungen nationalsozialistischer Theoretiker wie Georg Strasser: Das Konzept der raumorientierten Volkswirtschaft steht unter der Kontrolle eines die "Volksgemeinschaft" repräsentierenden Staates.

Die vorgebliche antikapitalistische Diktion der NPD enthält aber keine grundsätzliche Kritik des Kapitalverhältnisses. Die NPD bekennt sich zu einem nationalen Unternehmertum innerhalb eines die Volkswirtschaft kontrollierenden Staates. Dieses nationale Kapital soll wirtschaftspolitisch solidarisch im Sinne der "Volksgemeinschaft" handeln. Dies drückt sich auch im Parteiprogramm von 2004 aus, wo es heißt: "Ziel nationaldemokratischer Wirtschaftspolitik ist die Synthese von unternehmerischer Freiheit und sozialer Verpflichtung. Deshalb bekennt sich die NPD zu einem freien und sozialverpflichtenden Unternehmertum. Die Führung der Volkswirtschaft ist jedoch Aufgabe des Staates und unterliegt dessen letzter Verantwortung." ³

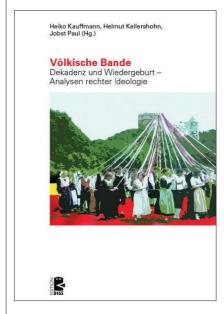
Puls diagnostiziert eine große Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit bei dem von der NPD proklamierten Antikapitalismus von rechts. Es existiert ein Spannungsfeld zwischen "einem prokapitalistischen Gehalt der NPD-Positionen" und dem eigenen Selbstverständnis als "kapitalismuskritische, in Teilen auch als antikapitalistische Kraft, die die eigene Politik als "radikale Alternative' zum Bestehenden inszeniert." (116)

Insgesamt gesehen, handelt es sich bei dem Buch um eine gute und kenntnisreiche Einführung in die wirtschaftsund sozialpolitische Konzeption der NPD. Erwähnenswert ist vor allem Puls' Nachweis, dass sich die NPD bei ihrem Konzept der raumorientierten Volkswirtschaft auf Vorbilder des Nationalsozialismus und der antidemokratischen "Konservativen Revolution" stützt. Die Lektüre des Buches wird daher empfohlen.



Margarete Jäger / Jürgen Link (Hg.) Macht. Religion. Politik. Zur Renaissance religiöser Praktiken und Mentalitäten. Edition DISS, Band 11 304 S., 24 €

Aus einer vorwiegend kulturwissenschaftlich orientierten Perspektive werden Aktionen und Konflikte des Machtkomplexes in Deutschland untersucht und (normalismus-)theoretisch begründet. Die Analysen beziehen sich auch auf Entwicklungen in den Niederlanden, den USA und Russland



Heiko Kauffmann, Helmut Kellershohn, Jobst Paul (Hg.)

Völkische Bande

Dekadenz und Wiedergeburt – Analysen rechter Ideologie.

Edition DISS Band 8 251 S., 18 €

 $^{3\} www.npd-bw.de/wp-content/uploads/2008/08/parteiprogramm.pdf$

Nicht am grünen Tisch ...

Einige Bemerkungen zur Neuauflage der "Kritischen Diskursanalyse".

Eine Einführung von Siegfried Jäger

Die soeben erschienene 6. Auflage der Kritischen Diskursanalyse ist nicht am grünen Tisch entstanden, sondern beruft sich auf Erfahrungen mit einer Vielzahl empirischer Projekte, die seit den frühen 90er Jahren bis in die Gegenwart im Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) durchgeführt worden sind. Diese Neufassung profitierte zudem von Vorarbeiten der 1992 gegründeten Diskurswerkstatt im DISS.

Ich habe ich versucht, den Duktus der Einführung beizubehalten, auch wenn es sich um eine weitgehende inhaltliche Revision der ursprünglichen Einführung handelt. Diese geht einher mit einer Präzisierung des Diskursbegriffs und des immer noch umstrittenen Konzepts des Dispositivs und damit auch der Dispositivanalyse. Dabei versuche ich die Annahme zu plausibilisieren, dass der Dispositivanalyse im Wesentlichen dieselben diskurstheoretischen Annahmen zu Grunde zu liegen haben, wie der traditionellen Diskursanalyse, die sich nahezu ausschließlich mit sprachlich performierten Diskursen befasst hat. In beiden geht es ja darum, das Wissen zu bestimmen, das sprachlich performierten Diskursen und nicht-sprachlich performierten Diskursen zugewiesen wird.

Im Zentrum dieser neuen Einführung steht nach wie vor die Frage nach dem politischen Nutzen der Diskursanalyse, der zwar gelegentlich noch bestritten wird, letztlich jedoch weitgehend anerkannt ist.

Kritische Diskursanalyse ist keine beliebige Methode, die sich vorhandener sozialwissenschaftlicher oder auch germanistisch-linguistischer Verfahren bedient, sondern sie ist dicht an eine Theorie rückgebunden: die Foucaultsche Diskurstheorie. Deshalb habe ich auch versucht, die wichtigsten Elemente dieser Theorie im Zusammenhang zu entfalten, so dass diese Einführung auch als Hinführung zur Foucaultschen Diskurstheorie gelesen werden kann, bevor eine Methode der darauf basierenden Diskurs- und Dispositivanalyse vorgeschlagen wird. Damit ersetzt sie die Primärlektüre der Werke Foucaults nicht,

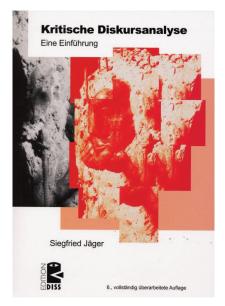
im Gegenteil: sie kann nur ihrer intensiven Lektüre anregen.

Zuzugeben ist: Foucault selbst hat keine in sich geschlossene Methode der Diskursanalyse aufgeschrieben. Seine Verfahren lassen sich jedoch aus seinen Schriften heraus rekonstruieren. Dem versucht diese neue Einführung dadurch Rechnung zu tragen, dass sie sich als offenes Konzept versteht, als "Werkzeugkiste", in die je nach Notwendigkeit immer wieder neue Werkzeuge hineingelegt werden können und oft auch müssen. Die Vielfältigkeit und Komplexität des "diskursiven Gewimmels" ist niemals zu antizipieren; die Werkzeugkiste, die für die Analyse der Diskurse bereit steht, ist daher immer offen. Die eigene intellektuelle Kreativität der Diskursanalytikerin soll nicht, ja kann nicht in ein schematisches Prokrustesbett gezwängt werden.

Kritische Diskursanalysen, wie sie hiermit angezielt werden, sind nur am Rande an Sprache interessiert, denn "Die Sprache existiert nur als Konstruktionssystem für mögliche Aussagen." (Archäologie des Wissens, S. 124). Und darum geht es: Die Ermittlung von möglichen Aussagen als den Atomen der Diskurse.

Kritische Diskursanalyse ist an Inhalten und Verhältnissen interessiert, die sie kritisiert. Sie tut dies, ohne sich im Besitz objektiver Wahrheit zu wähnen, und übt Wahrheitskritik an solchen Wahrheiten, die als angeblich objektiv und ewig gültig durchgesetzt werden, sei dies mit Drohmitteln, Heilsversprechen oder andere Techniken der Subjektivierung.

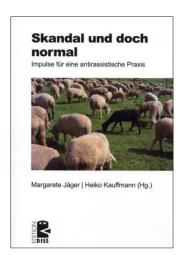
Diskursanalysen könnte man als Frühwarnsysteme auffassen. Sie können auf



Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung, Edition DISS im Unrast-Verlag Münster 2012, 258 S., 19.80 €

Gefahren hinweisen, die noch nicht aktuell sind, es aber unter genauer zu definierenden Bedingungen werden können und in aller Regel auch werden. Ungerechtigkeiten und Unterdrückung/Herrschaft und gegen Blockaden von Macht-Wissensverhältnissen aller Art, die Foucault auch als Herrschaftsverhältnisse bezeichnet.

Somit hat die hier vorgelegte Kritische Diskursanalyse einen dreifachen Charakter. Sie versteht sich erstens als Lehrbuch und "Gebrauchsanweisung" für die Erarbeitung von Diskurs- und Dispositivsanalyen, zweitens als wissenschaftlicher Text zum Thema "Diskurs und Dispositiv" und drittens als politischer Text, indem sie neue Möglichkeiten linker Politik aufzuzeigen versucht.



Margarete Jäger / Heiko Kauffmann (Hg.): Skandal und doch normal

Impulse für eine antirassistische Praxis. edition DISS Bd. 31, 2012 Münster: Unrast 253 S., 24 € Mit Beiträgen von Susan Arndt, Thomas Bryant, Sebastian Friedrich, Jessica Heun, Margarete Jäger, Heiko Kauffmann, Karl Kopp, Sara Madjlessi-Roudi, Jobst Paul, Thomas Quehl, Nora Räthzel, Sebastian Reinfeldt, Albert Riedelsheimer, Yasemin Shooman, Regina Wamper und Aram Ziai.

"Skandal und doch normal". Das ist der Titel einer Neuerscheinung in der edition DISS, die von Margarete Jäger (DISS) und Heiko Kauffmann (Pro Asyl) gemeinsam herausgegeben wurde.

Dieses Buch versteht sich als eine Unterstützung antirassistischer Aktivitäten und als Ermutigung, gegen rassistische Ausgrenzungen aktiv zu werden. Das gemeinsame Anliegen der Autorinnen ist es, durch die Analyse von Ursachen und Mechanismen herabsetzender Markierungen und stigmatisierender Ausgrenzungen einen geschärften Blick auf dominante rassistische diskursive Verschränkungen und Praxen in unterschiedlichen gesellschaftlichen Handlungsfeldern zu gewinnen. Im Spannungsfeld von Skandalisierung und Normalisierung von Rassismus, das in Deutschland derzeit anzutreffen ist, sollen so "blinde Flecken" benannt werden, die eine demokratische und emanzipative Zivilgesellschaft verhindern. Dadurch sollen Impulse für eine antirassistische Praxis gegeben werden, in der ein Mehr an Respekt und Menschlichkeit entstehen kann.

Der erste Teil des Buches beschäftigt sich mit den bereits angesprochenen institutionellen Verfestigungen von Rassismus. Neben aktuellen Analysen zur Flüchtlingspolitik und zur Bildungspolitik werden hier die kulturellen Dimensionen von Ausgrenzungen beschrieben sowie die juristischen Möglichkeiten des allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) ausgelotet, das einen systematischen Schutz vor Diskriminierungen bewerkstelligen soll.

Der zweite Teil enthält Analysen, die charakteristische Diskursverschränkungen zum Gegenstand haben. Hierhin gehören sowohl die von Thilo Sarrazin ausgelöste Debatte um eine Ethnisierung der 'Unterschicht' wie auch die nicht nur in den Medien aufzufindende Ethnisierung von Sexismus, bei der Frauen und Einwanderung miteinander verknüpft werden. Schließlich werden die Verschränkungen von Terror und Islam sowie Rechtsextremismus und Krankheit und ihre rassistischen Effekte dargestellt.

Ein dritter Teil thematisiert derzeitige Formen und Vermittlungen von Rassismus. Dies geschieht zum einen durch einen sich europaweit formierenden Rechtspopulismus, der sich nicht zuletzt auch einen antimuslimischen Rassismus zu Eigen macht. Aber auch die rassistischen Implikate des Demographiediskurses, der das vermeintlich überwundene "Rasse"-Paradigma wieder an die diskursive Oberfläche spült, sind hier zu

Der vierte und letzte Teil beschäftigt sich mit den sich aus den Analysen ergebenden Aufgabenstellungen für eine weitere Rassismusforschung. einem Überblick über die bisherigen "Leistungen" dieser Disziplin werden hier die Kritische Weißseinsforschung sowie die Postkolonialen Studien vorgestellt und hinsichtlich ihrer Bedeutung für die Rassismusforschung diskutiert.

Der Fall Siala/Salame

Niedersächsische Landtag soll noch vor den Landtagswahlen Stellung beziehen.

das Schicksal der Hildesheimer Familie Siala Salame berichtet, die seit Februar 2005 auseinander gerissen ist. Im Frühjahr appellierte Pro Asyl an die niedersächsische Landesregierung, diesen Fall eines Institutionellen Rassismus endlich anzugehen und die Abschiebung von Gazale Salame rückgängig zu machen. Diesem Appell hat sich auch das DISS angeschlossen.

Im Juli 2012 brachten nun die Fraktionen der SPD, von Bündnis 90/Die Grünen und von DIE LINKE unter dem Titel Kinderrechte beachten, Familien schützen - Zu-

Im DISS-. Journal 23 (2012) haben wir über sammenführung der Familie Siala-Salame einen gemeinsamen Entschließungsantrag in den Niedersächsischen Landtag ein.1 Dort wird vorgeschlagen, dass das Niedersächsische Innenministerium Gazale und ihren Kindern Schams und Gazi eine Aufnahmeerklärung aus humanitären Gründen nach § 22 AufenthG erteilt. Mutter und Töchter könnten danach ein Visum beantragen und "in den nächsten Wochen rechtmäßig zu ihrer Familie nach Deutschland zurückkehren."

> 1 http://www.nds-fluerat.org/wp-content/ uploads/2009/01/16-4981-1.pdf

Die Resolution wurde in den Innenausschuss verwiesen, wo sie seitdem zur Beratung aufliegt. Die Opposition verzichtete bislang darauf, ihre Resolution erneut in den Landtag einzubringen. Nunmehr ist eine Abstimmung über den Antrag im Dezemberplenum des Niedersächsischen Landtags vorgesehen: Die Hoffnung auf eine Wiedervereinigung der Familie in Deutschland scheint damit nicht mehr ganz aussichtslos.

Edition Deutsch-Jüdische Autoren des 19. Jahrhunderts:

Der vierte Band der Edition deutsch-jüdischer Autoren des 19. Jahrhunderts, die gemeinsam vom DISS und dem Salomon Ludwig Steinheim-Institut herausgegeben wird, ist erschienen. Er umfasst ausgewählte Werke von Gabriel Riesser.die politische Erst¬lingsschrift Riesser.

Mit seiner politischen Erstlings¬schrift Ueber die Stellung der Bekenner des Mosaischen Glaubens in Deutsch¬land (1831) zielte Riesser - kurz nach der Juli-Revolution in Paris — in die Mitte der deutschen Öffentlichkeit, d. h. in einen Raum, in dem man — bis dahin — die Schriften deutscher Juden weitgehend unbeachtet gelassen hatte. Während frühere Schriften der Ver¬treter des Judentums meist durch ein defensives Bitten um vorenthaltenes Recht geprägt waren, forderte Riesser nun Gerechtigkeit, statt "Rechtfertigun¬gen oder Zugeständnissen", die "die alte Schmach nur durch

neue Demüthigung erneuern und verlängern" würden.

In seinen Jüdischen Briefen (1838/41) ging Riesser einen Schritt weiter: Angesichts der Masse der zeitgenössischen judenfeindlichen Angriffe auf Juden und Judentum versuchte er eine kon¬struktive Wendung heraus aus bloßer Empörung und Erschöpfung zu finden. Vielleicht überhaupt zum ersten Mal in deutscher Sprache erarbeitete er exemplarische Argumentations- und Dis¬kursanalysen zu antisemitischen Texten und legte assoziative und konnotative Techniken offen, die für die gegen Juden und Judentum gerichtete Rhetorik der Herabsetzung und Ausgrenzung typisch sind, aber auch darüber hinaus. Ein zweiter Band der Ausgewählten Werke ist gesplant und wird einige analytische Schriften Riessers zu den politischen Emanzipationsverhandlungen in Hamburg und Baden enthalten.



Gabriel Riesser

Ausgewählte Werke

Teilband 1

Herausgegeben von Jobst Paul und
Uri R. Kaufmann

2012 Köln: Böhlau

280 S., 39.90 €

Unabhängige & kritische Wissenschaft unterstützen

Werden Sie jetzt Mitglied im DISS-Förderkreis!

Das DISS finanziert sich über Drittmittel und über einen För-	[] Ja, ich unterstütze das DISS ab mit einer
derkreis. Der Förderkreis hilft dabei, die Grundkosten des	monatlichen Spende von 10 / 20 / 30 /50 oder \in .
Instituts zu decken. Er ersetzt nicht öffentliche Forschungs-	(Nichtzutreffendes bitte streichen)
förderung. Trotzdem ist die finanzielle Basis ist dringend	
notwendig, denn ein breit aufgestellter Förderkreis macht uns	[] Ja, ich unterstütze die Arbeit des DISS mit einer einmali-
unabhängiger von anderen GeldgeberInnen. Alle FördererIn-	gen Spende von€.
nen (ab 10 € mtl.) erhalten das DISS-Journal und werden auf	
Wunsch zu den Colloquien und Workshops eingeladen. Die	[] Ich überweise den Betrag per Dauerauftrag an: DISS,
Spenden sind steuerlich absetzbar und leisten einen wichtigen	Konto 209 011 667, Sparkasse Duisburg, BLZ 350 500 00.
Beitrag, um das Institut und seine Arbeit zu erhalten. Seien	
Sie dabei!	[] Ich ermächtige das DISS, den genannten Betrag monat-
	lich von meinem Konto abzubuchen:
Name:	
Straße:	Kto:
Ort:	bei:
Tel.:	BLZ:
E-Mail:	Datum, Unterschrift: